



Zeit, dass sich was dreht!

Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft:
Bildungsgerechtigkeit und
Integration für ein soziales Ruhrgebiet im
demografischen Wandel



28. Mai - 5. Juni 2011
Die Veranstaltungswoche
für alle, die anders alt werden
wollen



Eine Kooperation von ID55, VHS Herne,
Lernen vor Ort und vielen Partnern

Schirmherr:
Oberbürgermeister Horst Schiereck, Herne

www.id55.de www.herne.de/vhs



Programm

Samstag, 28. Mai 2011, 10 - 15 Uhr	VHS im Kulturzentrum Herne, Willi-Pohlmann-Platz 1 Kongress ZEIT, DASS SICH WAS DREHT Vorträge, Workshops, Ausstellung, Porträtshooting Eröffnung: Oberbürgermeister Horst Schiereck, Herne Gastredner: Heinz Buschkowsky, Bezirksbürgermeister Berlin-Neukölln Kongressteilnahme: 15 Euro (inkl. Tagungsmappe, Porträtfotos und Workshop) Beratungsweg: <i>Das Netzwerk Bildungsberatung stellt sich vor (kostenlos)</i>
Sonntag, 29. Mai 2011, 17 - 20 Uhr	Mondpalast von Wanne-Eickel, Wilhelmstraße 26 Theateraufführung FLURWOCHE – KNATSCH IM TREPPENHAUS Der Multikulti-Spaß aus Deutschlands großem Volkstheater Eintritt: 17,50 Euro
Montag, 30. Mai 2011, 18 - 21.45 Uhr	VHS im Kulturzentrum Herne, Willi-Pohlmann-Platz 1 Genießerabend COOK YOUR CULTURE – REZEPTE OHNE GRENZEN Culinarische Weltreise mit Spitzenkoch Daniel Birkner Eintritt: 25 Euro (inkl. Rezepte, Speisen u. Getränke)
Dienstag, 31. Mai 2011, 19 - 21 Uhr	VHS im Kulturzentrum Herne, Willi-Pohlmann-Platz 1 Lesung SEPTEMBERTEE ODER DAS GELIEHENE LEBEN Schauspielerin Renan Demirkan über das Suchen und Ankommen zwischen zwei Kulturen Eintritt: 6 Euro
Freitag, 3. Juni 2011, 20 - 21.30 Uhr	Stadtteilzentrum Pluto, Wilhelmstraße 89a Kabarett „FATIH UNSER“ MIT FATIH ÇEVİKKOLLU Satirische Beobachtungen einer deutsch-türkischen Geschichte voller Missverständnisse Eintritt: 12 Euro
Sonntag, 5. Juni 2011, 11 - 14 Uhr	Filmwelt Herne, Berliner Platz 7 - 9 Kino + Brunch GRAN TORINO Clint Eastwoods Kultfilm über die Konflikte der Generationen und Kulturen Eintritt: 8 Euro (inkl. Brunch) VVK/Anmeldung ab 11. April direkt in der Filmwelt Herne

DIESE VERANSTALTUNG IST AUSGEBUCHT!

www.id55.de www.herne.de/vhs

Anmeldung und Information:
VHS-Geschäftsstellen
Tel.: 02323 - 16 29 20 und 16 35 84
E-Mail: vhs@herne.de

ID55[®]
MAGAZIN | INTERNET | FORUM

Inhaltsverzeichnis

1. Kongressablauf

Inhaltsverzeichnis
Programm
Teilnehmerliste

2. Grußworte

Begrüßung durch *Heike Bandholz*, Leiterin der VHS Herne,
und *Susanne Schübel*, ID55-Gründerin

Grußwort zur Veranstaltung von *Horst Schiereck*,
Oberbürgermeister der Stadt Herne und Schirmherr der
Veranstaltung

Grußwort zur Veranstaltung von *Guntram Schneider*, Minister
für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW

Grußwort zur Veranstaltung von *Niels Mayer*, Referat
„Lebenslanges Lernen“, Bundesministerium für Bildung und
Forschung, Berlin

3. Impulsvorträge/Hintergrund

„Intervention für Familie“: Heinz Buschkowsky, Bürgermeister
des Bezirks Berlin-Neukölln, im Gespräch mit der ZEIT-
Journalistin Elisabeth Niejahr

Broschüre „Bildungsberatung in Herne“ mit Informationsflyer
„Lernen vor Ort“

4. Workshop I: Keinen verlieren – alle gewinnen?

Metropole der Vielfalt. Oder: Was braucht das soziale
Ruhrgebiet?

Kurzbeschreibung, Impulsvortrag, Abstracts, Lebensläufe

5. Workshop II: Grenzenlos gut?!

Es lebe der Unterschied. Oder: Mit Diversity Management
in die Zukunft

Kurzbeschreibung, Impulsvortrag, Abstracts, Lebensläufe

6. Workshop III: Zusammen unschlagbar?!

Gemeinsam auf Kurs. Oder: Leben, lernen und arbeiten in
der Werkstatt der Generationen

Kurzbeschreibung, Impulsvortrag, Abstracts, Lebensläufe

7. Workshop IV: Auf zu neuen Ufern!

Trainieren mit allen Sinnen. Oder: Lernen und geistige
Fitness in der spät- und nachberuflichen Lebensphase

Kurzbeschreibung, Impulsvortrag, Abstracts, Lebensläufe

Programm

10.00 Uhr

Get Together im VHS-Foyer

Guten-Morgen-Kaffee und Getränke
Porträt-Fotoshooting mit Volker Beushausen

10.30 Uhr

Eröffnung im großen Saal der VHS

Begrüßung
Heike Bandholz, Leiterin der VHS Herne
Susanne Schübel, Journalistin und
ID55-Gründerin

Grußworte

Horst Schiereck, Oberbürgermeister, Stadt Herne
Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration
und Soziales des Landes NRW

Niels Mayer, Referat „Lebenslanges Lernen“, Bundesmi-
nisterium für Bildung und Forschung (BMBF), Berlin

11.00 Uhr

Impulsvorträge im VHS-Saal

Heinz Buschkowsky, Bürgermeister des Bezirks
Neukölln-Berlin

11.45 Uhr

Ausstellung „Dem Wandel Gesicht geben
– Herner Porträts 2007 - 2010“
Mittagssnack im VHS-Foyer

12.30 Uhr

Workshops

Workshop 1

Keinen verlieren – alle gewinnen?

Metropole der Vielfalt. Oder: Was braucht das soziale Ruhrgebiet?

Moderation:

Regina Völz,
Journalistin, WDR Hörfunk

Gesprächspartner:

Heinz Buschkowsky, Bürgermeister des
Stadtbezirks Berlin-Neukölln

Gudrun Thierhoff, Dezernentin für Bildung,
Kultur, Kinder, Jugend und Familie, Stadt Herne

Niels Mayer, Referat „Lebenslanges Lernen“,
Bundesministerium für Bildung und Forschung
(BMBF), Berlin

Muzaffer Oruc, Vorsitzender des Integrationsbeirats
der Stadt Herne

Workshop 2

Grenzenlos gut?!

Es lebe der Unterschied. Oder: Mit Diversity Management
in die Zukunft

Moderation/Referentin:

Gülseren Celebi,
Dipl. Sozialpädagogin, Familientherapeutin,
Plan B Ruhr e.V., Bürgerin des Ruhrgebiets

Gesprächspartner:

Radojka Mühlenkamp und Claudia Mai,
Regionalstelle zur Förderung von Kindern und Jugendli-
chen aus Zuwandererfamilien (RAA), Herne

Andreas Pamp, Organisations- und Personalamt,
Stadt Bochum

Gülseren Celebi, Familientherapeutin, Plan B Ruhr e.V.,
Bochum

Workshop 3

Zusammen unschlagbar?!

Gemeinsam auf Kurs. Oder: Leben, lernen und arbeiten in der Werkstatt der Generationen

Moderation:

Dr. Doris Kohlmann-Viand,
Demografieberaterin, Bochum

Gesprächspartner:

Petra Kersting, Leiterin des Zentrums Frau in Beruf und Technik (ZFBT), Castrop-Rauxel

Dr. Christiana Lütkes, Leiterin der „Agentur für gesellschaftliches Engagement“ (AGE), Hamm

Karin Anlauf, Leiterin der Stadtbibliothek Herne,
Gabriele Rübber-Radloff, Dozentin

Workshop 4

Auf zu neuen Ufern!

Trainieren mit allen Sinnen. Oder: Lernen und geistige Fitness in der spät- und nachberuflichen Lebensphase

Moderation/Referent:

Prof. Dr. Michael Falkenstein,
Alternsforscher, Leibnizinstitut für Arbeitsforschung (IfaDo) an der TU Dortmund

Gesprächspartner:

PD Dr. Hubert Dinse, Institut für Neuroinformatik,
Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Michael Falkenstein, TU Dortmund

14.00 Uhr

Get Together im VHS-Foyer

Ende der Workshops und des Fotoshootings
Austausch der Teilnehmer

14.30 Uhr

Ende der Veranstaltung



Susanne Schübel

ID55-Chefredaktion

c/o JournalistenBüro Herne GmbH

Straßburger Straße 32

44623 Herne

Telefon: 02323 - 99 49 60

Fax: 02323 - 99 49 619

E-Mail: schuebel@id55.de

www.id55.de

Heike Bandholz

VHS-Direktorin

Kulturzentrum

Willi-Pohlmann-Platz 1

44623 Herne

Telefon: 02323 16 - 35 53

Fax: 02323 16 - 35 83

E-Mail: vhs@herne.de

www.vhs-herne.de

Herzlich willkommen!

Franz Müntefering, Gastredner beim ID55-Kongress 2010, hat das Ruhrgebiet aufgefordert, im demografischen Wandel die Hausaufgaben zu machen. Die Schaffung von Bedingungen, die Bildungsgerechtigkeit und Integration in einer von Solidarität und Gemeinsinn geprägten Gesellschaft der Generationen und Kulturen gelingen lassen, gehören unverzichtbar dazu.

Diesen Fragen widmet sich der 3. ID55-Kongress unter dem Titel „Zeit, dass sich was dreht!“, zu dem wir Sie ganz herzlich willkommen heißen. Unsere Vorträge und Workshops zeigen auf, welche Möglichkeiten es gibt, um die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW, und der Berliner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky werden uns wichtige Impulse geben.

Wieder einmal greifen ID55 und die VHS Herne, unterstützt von vielen Partnern, Themen auf, die alle angehen, die anders alt werden wollen. Im Dialog mit Aktiven und Interessierten geben wir guten Beispielen und neuen Konzepten ein Forum. Unser besonderer Dank gilt Horst Schiereck, Oberbürgermeister der Stadt Herne, der auch für die 3. ID55-Veranstaltung die Schirmherrschaft übernommen hat.

Wir wünschen viel Spaß, gute Gespräche und inspirierende Erfahrungen bei der ID55-Eventwoche 2011. Wenn nicht jetzt, wann dann?

**Herzlichst,
Heike Bandholz
Susanne Schübel**

Ein soziales Miteinander der Generationen und der Kulturen

**Grußwort des Herner Oberbürgermeisters
Horst Schiereck zum 3. ID55-Kongress „Zeit,
dass sich was dreht!“ am 28. Mai 2011 in der
VHS Herne**

ID55, die vom Land NRW ausgezeichnete Initiative für alle, die im Ruhrgebiet anders alt werden wollen, ist schon seit einiger Zeit erfolgreich, nun steht der dritte Kongress mit Event-Woche ins Haus. Diesmal soll sich alles um „Bildungsgerechtigkeit und Integration“ drehen. So lautet der offizielle Titel der diesjährigen Event-Woche, die in der VHS Herne stattfindet auch: „Zeit, dass sich was dreht! Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft: Bildungsgerechtigkeit und Integration für ein soziales Ruhrgebiet im demografischen Wandel“. Angesprochen ist die Generation 55plus. Aber natürlich auch alle anderen Jungen und Junggebliebenen, die das Thema interessiert.

Worum geht es konkret? Bildungschancen und Zukunftsperspektiven sollten nicht mit unserer Herkunft verknüpft werden! Wir alle sollten Chancen der persönlichen Entfaltung und des individuellen Lernens erhalten und nutzen können. Ganz egal, wie alt oder wie jung wir sind. Egal, welcher Kultur und Nation wir entstammen. Egal, aus welchem Elternhaus wir kommen. Denn wir alle sind verschiedener Herkunft. Im Ruhrgebiet spüren wir besonders stark die gesellschaftliche Verantwortung, die darin besteht, diese Verschiedenheiten positiv zu nutzen.

Gern habe ich die Schirmherrschaft für die aktuelle Veranstaltungsreihe von ID55 übernommen, denn die beiden großen Themen „Bildung“ und „Integration“ sind die Themen, mit denen sich die Stadt Herne identifiziert. Wir

verstehen Herne als „Lernende Stadt“, daran arbeiten wir in Politik und Verwaltung und wir tun dies natürlich gemeinsam mit vielen Partnern. Wir sehen Vielfalt als Chance, Unterschiede verstehen wir als Bereicherung. Unser Ziel ist ein soziales Miteinander der Generationen und der Kulturen.

Städtische Einrichtungen, im Besonderen die VHS, die Stadtbibliothek, die Gleichstellungsstelle, das Kommunale Bildungsbüro, das Integrationsbüro – in guter Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat der Stadt Herne und der Gesellschaft für Integration (gfi) – und selbstredend natürlich die RAA, sie alle haben immer schon ihre Programme und Beratungen darauf ausgerichtet, Bildungschancen und Integration zu fördern. Aktuell wird dieses Bestreben zusätzlich unterstützt durch das Projekt „Lernen vor Ort“. Und auch „Lernen vor Ort“ ist bei ID55 angekommen.

Das Bildungsnetzwerk ist weit gespannt. Der ID55-Kongress mit seinen Workshops und die anschließende Event-Woche machen dies deutlich, die Veranstaltung wird von Partnern getragen. Allen sei an dieser Stelle herzlich Dank gesagt: den Organisatoren von ID55, der VHS Herne sowie allen weiteren Partnern für ihre Ideen, ihr Engagement und die Realisierung der Event-Woche und ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern unterschiedlicher Herkunft viel Inspiration für die gemeinsame Zukunft.



Horst Schiereck

Horst Schiereck

Oberbürgermeister der Stadt Herne



**Oberbürgermeister der Stadt
Herne, Fraktionsmitglied der
SPD im Rat**

Rathaus Herne
Friedrich-Ebert-Platz 2
44623 Herne
Telefon: 0 23 23 - 16 0
Fax: 0 23 23 - 16 21 00
info@herne.de

www.herne.de

*** 12. Juli 1948**

1975 bis 1979

gehörte Horst Schiereck als Fraktionsvorsitzender der SPD der Bezirksvertretung Eickel an und war in den Jahren 1979 bis 1984 als Bezirksvorsteher in Eickel tätig

1984 bis 1989

1984 wurde er in den Rat der Stadt Herne gewählt und hatte dort bis 1989 als Stadtverordneter den Vorsitz des Umweltausschusses inne

1989 bis 1994

war Horst Schiereck stellvertretender Vorsitzender und Sprecher im Planungsausschuss

1994 bis 2004

führte er den Vorsitz der SPD-Ratsfraktion

Am 10. Oktober 2004

wurde Horst Schiereck zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Herne gewählt

1994 bis 2004

war er Mitglied der Verbandsversammlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet und wurde mit seiner Wahl zum Oberbürgermeister im Jahr 2004 Mitglied des Vorstandes der Verbandsversammlung des RVR (vormals KVR)

Im September 2007

übernahm er den Vorsitz der Verbandsversammlung des RVR

Intervention für Familie

Heinz Buschkowsky, SPD-Bezirksbürgermeister in Berlin-Neukölln, im Interview mit der ZEIT-Journalistin Elisabeth Niejahr

Elisabeth Niejahr: Herr Buschkowsky, Sie sind seit mehr als sieben Jahren Bezirksbürgermeister in Berlin-Neukölln, einem Stadtteil mit über 300.000 Einwohnern. Welchen Typ Familie gibt es dort?

Heinz Buschkowsky: »Die« Neuköllner Familie gibt es nicht. Der Bezirk hat ganz unterschiedliche Gesichter. Im Süden recht bürgerlich geprägt von Einfamilienhäusern. Scherzhaft formuliert ist das Haus auch oft von der Bank gemietet. Um der Innenstadt und den dortigen Verhältnissen zu entgehen, zogen und ziehen viele auch in Neukölln an den Rand. Daneben gibt es die Familien in den Neubauvierteln, etwa der Gropiusstadt, wo die Sozialstruktur durchmischer ist. Dort leben vor allem diejenigen, die einmal aus der Innenstadt weggezogen sind, weil sie ein eigenes Bad mit WC und einen eigenen Balkon haben wollten, auf dem sie den Sonnenschein genießen können. Damals Facharbeiter, Angestellte und Beamte, die heute Rentner sind, aber auch Neuzugezogene mit und ohne Erwerbstätigkeit. Und es gibt Neukölln-Nord, den dichtbesiedelsten ärmsten und schwierigsten Teil des Bezirks. Dort leben die Menschen meistens in Häusern aus der Gründerzeit. Berlin ist 1920 ja aus den sechs Städten Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Spandau, Lichtenberg und Neukölln entstanden. Neukölln ist also eines der alten Zentren Berlins. In den Gründerzeitquartieren entwickelte sich Leerstand, als ab 1960 die Binnenwanderung in die Gropiusstadt einsetzte. Diese Quartiere wurden durch die damaligen Gastarbeiter in Besitz genommen. So ist die heutige Migrationsstadt Neukölln-Nord entstanden. In diesem Ballungsgebiet leben immerhin 160.000 Menschen – eine Großstadt für sich – in der noch immer viele Wohnungen kein eigenes Bad und WC haben.

Niejahr: Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund leben in ganz Neukölln?

Buschkowsky: 117.000 Gemeldete; das wissen wir ziemlich genau. Hinzu kommt eine unbekannt große an Illegalen und »Besuchern«. Rund 40 Prozent der Menschen in Neukölln haben einen Migrationshintergrund. In Neukölln-Nord beträgt der Anteil 55 Prozent, in den Schulen sind es 80 bis 100 Prozent. In den Grundschulen im Norden dominieren die Migrantenkinder, in einzelnen Schulen gibt es so gut wie keine deutschstämmigen Schüler. Hier stellt sich die Frage, wer wen wohin integriert, schon lange nicht mehr. Neukölln ist ein Schmelztiegel, in dem Menschen aus über 160 Nationen leben. Die Lebensbedingungen in diesem Brennpunkt, der für eine Großstadt nicht untypisch ist, verändern sich mit der Migration nicht nur ethnisch-kulturell, sondern auch sozialstrukturell. Und so sind wir ein Symbol geworden für Stärken, Schwächen, Erfolge und Versäumnisse der deutschen Integrationspolitik mit all dem, was daran hängt: positive kulturelle Vielfalt, unzählige Erfolgskarrieren, aber auch Verarmung, Arbeitslosigkeit, Bildungsferne, Jugendkriminalität und ein reformierbedürftiges Bildungssystem. Hinzu kommt eine Renaissance starker Religiosität bis hin zur Orthodoxie und zum Fanatismus. Für die Medien sind wir ein Eldorado, denn bei jedem Thema, das damit zusammenhängt, können sich Journalisten an Neukölln abarbeiten. Seit einigen Jahren beobachten wir die harten Fakten sehr akribisch, und wir fragen vieles ab. Das hat man über Jahrzehnte nicht getan. Es wurde alles nur »gefühlte«. Je nach politischer Neigung war es gefühlt schön bei uns – oder man hatte das Gefühl, dass das Boot voll ist. Der renommierte Stadtsoziologe Prof. Häussermann hat in zwei Gutachten beeindruckendes Datenmaterial über Neukölln für uns zusammengetragen. Diese Gutachten oder auch die Werte aus dem »Monitoring Soziale Stadtentwicklung« des Senats der Stadt Berlin sowie der Sozialstrukturatlas sind die Grundlagen unserer Arbeit. Wir verwenden nie eigene bezirkliche Daten, die glaubt uns sowieso

keiner, und dann gibt es nur Streit. Die Ergebnisse der Studien sind katastrophal. Insbesondere die Prognose, dass die Entwicklung dynamisch ist und keinerlei Anzeichen für eine Verbesserung erkennbar sind. Fachleute nennen Neukölln-Nord ein Gebiet mit Ausgrenzungstendenz, das heißt, eine Großstadt mit 160.000 Einwohnern ist dabei, sich von mitteleuropäischen Lebens- und Wertestandards zu verabschieden. Es ist nur vom Straßenzug abhängig, ob drei Viertel oder zwei Drittel der Kinder unter 15 Jahren von Transferleistungen leben. In manchen Schulen sind 90 Prozent der Eltern von den Zuzahlungen für die Lernmittel befreit. Das sind Parameter, aus denen sich viel ableiten lässt. Was bedeutet es denn, wenn in einer Schule 90 Prozent der Eltern von den Zuzahlungen für die Lernmittel befreit sind? Es bedeutet, dass so gut wie kein Elternteil aller Kinder dieser Schule mehr in einem regelmäßigen Erwerbsleben steht. Die Kinder kennen teilweise niemanden mehr, der morgens aufsteht und arbeiten geht. Das schlägt sich im Schulalltag nieder: Teilweise kommen die Kinder pünktlich oder auch schon einmal eine halbe oder eine ganze Stunde zu spät bzw. auch gar nicht zur Schule. Sie kommen mit einem braunen und einem schwarzen Schuh. Die Jeans über die Schlafanzughose gezogen. Die Haare sind nicht gekämmt, und im Winter haben sie bei minus 15 Grad auch schon einmal Sandalen und ein T-Shirt an. Zu essen haben sie oft gar nichts, maximal eine Tüte von Burger King; denn das Einzige, was die Mutter oder der Vater am Vorabend noch geschafft haben, war, einen Fünf-Euro-Schein hinzulegen. Es hat aber niemand das Kind geweckt, und es hat ihm auch niemand ein Schulbrot gemacht. Vom in den Arm nehmen ganz zu schweigen. Das sind die Realitäten dort. Es gibt gar nicht diese Diskussionen unter den Kindern, dass sie einmal so werden möchten wie ihr Papa, der Feuerwehrmann ist und Menschen rettet. Diese Kinder haben zu Hause keine Eltern, die ein Vorbild sind. Damit entwickelt sich oft auch kein Ehrgeiz; denn der Vater sitzt den ganzen Tag irgendwo herum: vor dem Fernseher, im Teehaus, auf der Bank vor dem Rathaus oder im Park.

Niejahr: Im Gespräch mit unserer Kommission haben Sie erklärt, der Ansatz, Nachbarschaften und kleine Lebenskreise zu stärken, sei für Viertel wie Neukölln völlig falsch. Dort sei vor allem der Staat gefordert, weil die Nachbarschaften eher das Problem als die Lösung des Problems sind ...

Buschkowsky: ... sofern überhaupt eine Nachbarschaft existiert. Wie gesagt: Es leben bei uns über 160 Ethnien, die sich zum großen Teil strikt voneinander abgrenzen. Die Behauptung, dass es nur eine Problemlinie zwischen »den« Migranten und der deutschen Mehrheitsgesellschaft gibt, ist ein Märchen. Die größten Konfliktlinien verlaufen zwischen den einzelnen Ethnien der Migranten.

Niejahr: Hilft man sich beispielsweise in einer homogenen türkischen Nachbarschaft eher?

Buschkowsky: Ja, aber auch dort oft nur, wenn Menschen aus der gleichen Gegend, aus dem gleichen Tal oder aus dem gleichen Dorf kommen und wenn die religiöse Ausrichtung übereinstimmt. Aleviten und Sunniten – das sind schon wieder zwei verschiedene Welten. Das gilt auch, wenn Türken mit Arabern, Türken mit Kurden, Russen mit Sinti und Roma zusammenleben. Im Programm »Soziale Stadt« des Berliner Senats gibt es das Instrument Quartiersmanagement, mit dem wir versuchen, Nachbarschaft zu organisieren. Wir wollen den Menschen klarmachen, dass die Atmosphäre, in der sie leben, von ihnen selbst bestimmt wird. Sie ist also davon abhängig, ob sie sich einen guten Tag wünschen, wenn sie sich im Hausflur begegnen, oder zur Seite schauen und die Straßenseite wechseln, wenn sie sich auf dem Bürgersteig begegnen. Oft gibt es persönliche nachbarschaftliche Beziehungen überhaupt nicht und auch keine Grundsolidarität. Das ist anders als im Dorf in Rheinland-Pfalz, das es seit 500 Jahren gibt. In unseren Quartieren lebt eine vom Zufall zusammengeführte Bevölkerung mit unterschiedlichsten Kulturen und Temperamenten auf engstem Raum miteinander. Wir versuchen, aus den Bewohnern einer Straße wirklich Nachbarn zu machen.

Niejahr: Es würde also zum Beispiel niemand dem Nachbarn Geld leihen?

Buschkowsky: Ich weiß nicht, ob das niemand tun würde, aber auf jeden Fall ist der andere weit weg. Wir reden hier über Stadt- Communities, die erst einmal beziehungslos nebeneinander leben. Im günstigsten Fall entsteht durch Begegnungen im Hausaufgang etwas. Wir haben aber auch die böse Erfahrung gemacht, dass sich die Bewohner eines Hauses homogenisieren. Da geht dann zum Beispiel jemand zur russischen Familie und sagt: Wir alle sind türkischstämmige Menschen und leben nach einer anderen Kultur. Wäre es nicht toll, wenn Ihr Euch eine andere Wohnung suchen würdet? Es gibt Häuserblocks, in denen nur Menschen aus einem bestimmten Gebiet wohnen. In diesen Fällen existiert dort natürlich ein Beziehungsgeflecht, aber ein ganz anderes, als es die Robert Bosch Stiftung im Sinn hat. Es kommt dort dann sicherlich auch zur Nachbarschaftshilfe. Aber ich nenne das Parallelgesellschaft, weil diese Menschen eigene Normen haben, nach denen sie leben und die jeder zu respektieren hat. Das sind aber die Normen ihrer Heimat, ihres Dorfes oder ihrer Sippe und nicht die des mitteleuropäischen Staatsgebildes Bundesrepublik Deutschland. Ich verspreche Ihnen, unser Polizeipräsident und mein Innensenator werden vehement bestreiten, was ich jetzt sage: Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass wir nicht wirklich wissen, was in diesen Quartieren passiert. Der Friedensrichter hat dort einen stärkeren Einfluss als die Besatzung eines Funkstreifenwagens.

Niejahr: Erklären Sie bitte einmal, was ein Friedensrichter genau tut.

Buschkowsky: Ein Friedensrichter ist eine Art Schiedsmann. Er versucht, bei Streitigkeiten zwischen Familien zu einem Ausgleich zu kommen, und er legt Bußgeldzahlungen oder Wiedergutmachungen fest. Es geht ja meist um die Verletzung der Ehre einer Familie. Dies kann viele Gründe haben, etwa, dass eine Tochter entehrt wurde oder es zu Betrügereien gekommen ist. Der Friedensrichter ist eine Autorität, die Recht spricht. Bis vor wenigen Jahren ist die Existenz von Friedensrichtern bestritten worden. Wenn ich sie auf Podiumsdiskussionen erwähnt habe, dann fiel mir garantiert einer ins Wort. Heute schmücken sich Friedensrichter, indem sie sich im Boulevardfernsehen von Kamerateams begleiten lassen oder Zeitungsinterviews geben und erklären, was ihre Aufgabe ist. Sie sind Teil eines eigenen Rechtssystems und eines eigenen Beziehungsgeflechts zwischen den Menschen. Wenn wir über den Ärmelkanal schauen, dann stellen wir fest, dass es in England bereits Scharia-Gerichte gibt, die offiziell Recht sprechen, Urteile fällen und in das britische Rechtssystem eingebettet sind. Das ist für mich zumindest gewöhnungsbedürftig. Zu der Frage, welches Wertesystem in diesen Parallelgesellschaften gilt, will ich ein weiteres Beispiel nennen: Während eines Zugriffs in einer Wohnung kam ein Polizeibeamter des Spezialeinsatzkommandos ums Leben, weil ein junger Mann den ersten die Wohnung betretenden Polizeibeamten erschoss. Er sagte später vor Gericht aus, dass es ihm sehr leid täte, dass er den Polizeibeamten erschossen hatte. Er wollte ihn nicht erschießen, und er wusste auch nicht, dass er Polizist ist. Er saß im Wohnzimmer, hörte, dass jemand gewaltsam in die Wohnung kam, und dachte, es sei jemand vom verfeindeten Clan, der ihn umbringen wollte. Das lehrt uns zweierlei, nämlich erstens, dass es in einer bestimmten Szene normal ist, zu Hause mit einer durchgeladenen Waffe zu sitzen. Zweitens lehrt es, dass es offensichtlich ein System gibt, in dem man davon ausgehen muss, dass jemand einen mit dem Tode bestraft. Das ist zumindest in Mitteleuropa ungewöhnlich. Wenn ich zu Hause sitze, erwarte ich nicht, dass jemand durch die Tür kommt, der mich umbringen will. Wenn man über solche Zustände vor noch nicht allzu langer Zeit offen gesprochen hat, wurden sie vehement bestritten. Ich erinnere mich, wie ich bei Diskussionen angegangen wurde, wenn ich Wörter wie »Zwangsheirat« und »Parallelgesellschaft« nur in den Mund genommen habe.

Niejahr: Von wem?

Buschkowsky: Von denen, die einen eher romantischen Blick auf die Migrationsprobleme haben. Ich glaube, heute sind wir ein Stück weiter, weil die von Terre de Femmes erhobenen Zahlen, laut denen sich jede zweite türkische Frau ihren Mann nicht aussuchen konnte und etwa 15 Prozent der türkischen Frauen eine Zwangsehe eingehen mussten, heute nicht mehr ernsthaft bestritten werden.

Niejahr: Sie haben gesagt, Multikulti sei gescheitert. Was folgt daraus? Man kann das Rad ja nicht zurückdrehen.

Buschkowsky: Ich meinte einen bestimmten Multikulti-Begriff. Ich bestreite die romantische Vorstellung, Menschen aus aller Herren Länder kommen zusammen, und aus ihrer Begegnung ergibt sich eine Symbiose aller guten Teile ihrer Herkunftskulturen, also die Schöpfung einer neuen multikulturellen Gesellschaft, in der sich alle Menschen wohl fühlen und sich offen voller Respekt, Toleranz und Zugewandtheit begegnen. Die Erfahrungen im täglichen Leben zeigen, dass solche Multikulti-Ideen reine Kopfgeburten sind. Ich denke, dass jeder Mensch das Bedürfnis hat, seine Wurzeln zu kennen und auch stolz darauf zu sein. Ich bin nicht stolz auf Goethe, aber ich habe schon einen gehörigen Respekt für die kulturellen und gesellschaftlichen Leistungen unserer Vorfahren und unseres Volkes. Ich empfinde auch Stolz, zu dieser Gemeinschaft in der jetzigen Epoche zu gehören, auch wenn ich der Verantwortung für historische Ereignisse nicht ausweichen kann und will. Ich denke, dass es den meisten anderen genauso geht und eigentlich jeder wissen will, wohin er gehört. Kein Mensch will beliebig, also multikulturell sein. Warum sollte der Mensch das auch sein? Ich finde es völlig in Ordnung, wenn jemand, der die deutsche Staatsangehörigkeit in zweiter oder dritter Generation besitzt, sagt, dass er in seinem Herzen Türke sei, und dabei bleibt, dass er das Zuckerfest feiert und dass ihm Döner nun einmal besser als Currywurst schmeckt. Mir schmeckt Currywurst übrigens auch besser als Weißwurst. Aber Sie haben Recht: Die Menschen, um die es geht, sind da und werden bleiben. Die erwachsenen Bürger des Stadtteils Neukölln-Nord des Jahres 2019 gehen heute schon zur Grundschule. Neukölln-Nord wird in zehn Jahren eine Migrantstadt sein. Heute haben 55 Prozent der Menschen in Neukölln-Nord einen Migrationshintergrund. In den Grundschulen beträgt der Anteil, wie gesagt, bis zu 100 Prozent. Wenn diese jungen Menschen erwachsen sind, werden mindestens drei von vier Bürgern in Neukölln-Nord einen Migrationshintergrund haben.

Niejahr: Können Sie auch für ganz Berlin eine Zahl nennen?

Buschkowsky: Nein, aber ich glaube, dass sich unsere Situation der von Rotterdam annähern wird. Dort gibt es keine Mehrheitsgesellschaft mehr.

Niejahr: Wie in Kalifornien, wo inzwischen mehr Hispanics als englischsprachige Menschen leben.

Buschkowsky: Für sich allein genommen ist das auch kein Problem. Die Frage ist nur, ob es uns gelingt, diese nachwachsenden multiethnischen Bevölkerungsschichten in das mitteleuropäische Zivilisations- und Wertesystem einzubinden. Es gibt dort ein Problem, wo die tradierten Riten weitergepflegt werden und zum Beispiel die Mädchen gemäß dem Kulturbild »keusch, sexuell rein, dem Mann und der Schwiegermutter gehorsam« und die »Jungen zum Beschützer, zur Tapferkeit, zum Kämpfer und zum Bewahrer der Ehre der Familie« erzogen werden. Die einen sagen den Kindern, dass es Sünde sei, Kontakt zu Deutschen zu haben, die anderen sagen ihnen: »Deutsche sind Schweine, und die Hummeln sollen in Eure Zungen stechen, wenn Ihr Deutsch redet.« In solchen Familien erleben wir Folgendes: Wenn der Sozialarbeiter wegen des unregelmäßigen Schulbesuchs eines Kindes zu dessen Eltern kommt, antworten diese ihm: Meine Tochter soll eine gute

Frau und Mutter werden. Was braucht sie dafür die Schule? Die Gefahr ist, dass die eigentlich bereichernde Vielfalt in der Realität in Wirklichkeit oft Rückschritt bedeutet.

Niejahr: Sprechen wir über die Antworten des Staates auf solche Probleme. Sie sagen, dass nicht unsere Gesetze das Problem sind, sondern deren mangelhafte Anwendung.

Buschkowsky: Wir haben in Deutschland keinen Erkenntnismangel, sondern ein Handlungsdefizit. Es gibt Normen, die von der Gesellschaft recht repressiv durchgesetzt werden. Wenn Sie den Sicherheitsgurt beim Autofahren nicht anlegen, dann werden Sie mit einer Geldbuße in Höhe von 30 Euro belegt. Wenn Sie das rote Ampellicht missachten, obwohl niemand Ihren Weg kreuzt, dann droht man Ihnen mit einer Geldbuße in Höhe von 200 Euro, drei Punkten in Flensburg und vielleicht sogar einem Fahrverbot. Beim Straßenverkehr geht unsere Gesellschaft also schon bei kleinen Verstößen ziemlich rigide vor. Das ist auch in Ordnung, aber da, wo es um unsere Kinder geht, sind wir sehr viel nachsichtiger und behandeln beispielsweise die Schulpflicht wie eine unverbindliche Empfehlung.

Niejahr: Was kann man tun, damit die Schulpflicht ernster genommen wird?

Buschkowsky: Man muss sie durchsetzen.

Niejahr: Wie?

Buschkowsky: Wenn Ansprachen nicht helfen, mit Sanktionen. Der Staat hat da durchaus Möglichkeiten: Es gibt die Schulversäumnisanzeige, es gibt Bußgeldbescheide, es gibt die Zwangsvorführung durch die Polizei.

Niejahr: Das alles scheint nicht sehr viel Wirkung zu haben.

Buschkowsky: Der einzige Bezirk in Berlin, der das Instrument der polizeilichen Zwangsvorführung von Schülern nutzt, ist Neukölln. Alle anderen Bezirke tun das nicht. Wir haben in Neukölln im letzten Jahr 150 Bußgeldbescheide gegen Eltern erlassen, was ich angesichts der Realitäten als viel zu wenig empfinde. In anderen Bezirken werden gar keine erlassen.

Niejahr: Besteht das Problem nicht eher darin, dass man zum Beispiel bei Hartz-IV-Empfängern mit Bußgeldbescheiden nicht sehr weit kommt?

Buschkowsky: Auch ein Hartz-IV-Empfänger kann dazu angehalten werden, das Bußgeld ratenweise zu zahlen. Man kann ihn das Bußgeld auch durch gemeinnützige Arbeit abarbeiten lassen. Und man kann direkt auf Sozialleistungen des Staates zugreifen. Bis vor ganz kurzer Zeit sind Schulversäumnisangelegenheiten und die entsprechenden Bußgeldverfahren in Berlin von den Verkehrsrichtern bearbeitet worden. Für diese war das eine Last. Jetzt bearbeiten diese Angelegenheiten die Jugendrichter. Es gibt in Berlin eine sehr engagierte Jugendrichterin, die Haftbefehle verhängt, wenn Eltern Bußgelder nicht bezahlen. Was meinen Sie, wie schnell dann bezahlt wird! Ich sage gerne den Satz: Kommt das Kind nicht in die Schule, kommt das Kindergeld nicht auf das Konto. Das ist angeblich in der Bundesrepublik rechtlich nicht möglich. Warum eigentlich nicht? Die Familienrichter in Berlin fordern seit Jahren die Möglichkeit des Eingriffsrechts auch in Transferleistungen bei unkooperativen Eltern. Aus meiner Sicht beruht das Kindergeld auf einer Art Vertrag. Es ist der monetäre Ausgleich für Belastungen, die mit Kindern und ihrer Erziehung verbunden sind. Dafür erwartet die Gesellschaft aber, dass die Eltern ihre Kinder gemäß den Normen und Werten der Gesellschaft erziehen. Diese Pflicht leitet sich schon aus Artikel 6 des Grundgesetzes ab. Laut Schulversäumnisstatistik fehlen in Neukölln 25 Prozent aller Hauptschüler mehr als 21 Tage im

Jahr unentschuldig. Bei Gymnasiasten sind es nur 2,5 Prozent. Es ist also eine Frage der Bildungsorientierung oder Bildungsferne, insbesondere im Elternhaus. Oft heißt es: Gott sei Dank besteht bei den Grundschulen das Problem mit den Fehlzeiten nicht. Das stimmt aber nicht. In der Grundschule gibt es nämlich ein ganz anderes Problem. Das Kind kommt am Montag in die Schule, am Dienstag kommt es nicht. Am Mittwoch und am Donnerstag kommt es, am Freitag kommt es nicht. Am Mittwoch kommt das Kind um 8.00 Uhr, am Donnerstag um 10.00 Uhr. Das steht im Klassenbuch, aber in keiner Schulversäumnisstatistik. Dabei fängt so die Entwicklung der Schuldistanz an.

Niejahr: Die Kinder lernen so, dass man den Schulbesuch nicht ernst nehmen muss?

Buschkowsky: Richtig. Wir versuchen, dieser Entwicklung mit Schulstationen zu begegnen, in denen türkische und arabische Sozialarbeiter tätig sind. Neukölln ist der einzige Bezirk, der allen Grundschulen im Norden aus Bezirksmitteln eine Schulstation finanziert. Darüber hinaus brauchen wir aber auch Verbindlichkeit. Das habe ich gerade hinsichtlich des Schulbesuchs gelernt, als ich vor kurzem in London und in Rotterdam war. In beiden Städten wird in der Migrationspolitik ein ganz starker Fokus auf den Schulbesuch der Kinder gerichtet. Den Niederländern wirft man eine gewisse Schulapartheid vor: weiße Schulen, schwarze Schulen. Das stimmt, es gibt diese Trennung. Die Tatsache, dass die »schwarzen Schulen« wegen der Zusammensetzung der Schülerschaft fast doppelt so viele Mittel bekommen wie die »weißen Schulen«, wird bei diesem Vorwurf meist übersehen. Ich hätte im Vergleich zu Schulen in großbürgerlichen Gebieten gerne doppelt so viele Lehrer und Sachmittel für meine Neuköllner Schulen. Die Realität bei uns ist, dass die Klassengrößen in Brennpunktschulen in Berlin gerade um 20 Prozent erhöht werden und dass wir einen Belastungsausgleich bei den Lehrerstunden von etwa 5 Prozent erhalten. Aufgrund der bestehenden Verwerfungen ist das völlig unzureichend.

Niejahr: Das heißt aber, dass die Niederländer das Geld nicht für die Durchsetzung der Schulpflicht, sondern für den Unterricht ausgeben. Oder wie wird dieses Geld investiert?

Buschkowsky: Ich habe das Hilfs- und Angebotssystem in Rotterdam bei meinem Besuch dort als viel effektiver und umfangreicher als bei uns erlebt. Man kümmert sich dort sehr intensiv um sozial schwierige Familien. Das gilt gleichzeitig aber auch für die staatlichen Interventionen. Dort sagt man: keine Prävention ohne Repression. Es gibt dort also immer folgende Drohkulisse: Die Gesellschaft hilft Dir, aber wir erwarten von Dir, dass Du die Möglichkeiten, die wir Dir bieten, auch nutzt und Deine Kompetenzen, die Du hast, einbringst. Wenn Du Dich verweigerst, dann entziehen wir Dir unsere Unterstützung, also die Sozialleistungen. Das gilt auch für die Schule. Ein Beispiel: In Rotterdam werden die Zeugnisse nur an die Eltern ausgegeben. Aufgrund des dortigen Trimestersystems erzwingt man dadurch also drei Mal im Jahr einen persönlichen Kontakt und ein Gespräch über das Kind zwischen der Lehrerschaft und den Eltern. Wenn man fragt, wie vielen Kindern das Zeugnis doch mit nach Hause gegeben oder zugeschickt wird, erhält man die Antwort: Keinen, es kommen alle Eltern. Wieso ist das so? Wenn sie nicht kommen, dann erhalten sie im nächsten Monat keine Sozialhilfe, und das wissen die Leute. Ich glaube, dass eine ähnliche Regelung bei uns die gleiche Wirkung haben würde.

Niejahr: Haben Sie der Regierung das einmal vorgeschlagen?

Buschkowsky: Bisher hatte ich dazu keine Gelegenheit. Und es liegt leider nicht in der Kompetenz eines Bezirksbürgermeisters, so etwas umzusetzen. Wenn ich könnte, würde ich die direkte Zeugnisausgabe an die Eltern für die Neuköllner Schulen sofort einführen. Die Lehrerschaft wäre von dieser Idee bestimmt nicht so begeistert. In Rotterdam spricht das Lehrerkollegium alle Sprachen, die auch die Kinder sprechen. Das heißt, das Kollegium kann sich auch mit den Eltern ver-

ständigen. Von diesem Zustand träumen wir. Was macht denn ein Lehrer mit Eltern, die nur rudimentär Deutsch sprechen?

Niejahr: Türkisch ginge vielleicht noch, da es zum Teil türkische Lehrer gibt.

Buschkowsky: Wir haben kaum türkische Lehrer. Es gibt vielleicht drei bis fünf Vorzeigelehrer in einem Bezirk von 2500 Lehrern. Verbale Kommunikation ist teilweise also überhaupt nicht möglich. In den Niederlanden ist das anders, das Lehrerkollegium weiß, wie die Leute ticken. Das heißt, dort herrscht eine ganz andere Form des Umgangs miteinander. Davon sind wir nicht nur hier in Berlin, sondern in ganz Deutschland meilenweit entfernt. Wir sind auch weit davon entfernt, zu akzeptieren, dass es Stadtgebiete gibt, in denen die Menschen im Vergleich zu einer traditionellen deutschen Klein- oder mittelgroßen Stadt intensivere Betreuung brauchen. Irgendwann einmal muss man von dem Grundsatz wegkommen, wonach die Schüler-Lehrer-Relation überall gleich sein muss. Wie zu Beginn der Industrialisierung vor 150 Jahren gibt es heute wieder eine bildungsferne Schicht, die sich über die normale Strukturierung einer Gesellschaft hinaus dynamisch entwickelt. Es gibt wieder Eltern, die überhaupt nicht begreifen, wie diese Gesellschaft funktioniert und welche Kompetenzen ihre Kinder haben müssen, um ein erfolgreiches Leben führen zu können. Diese Eltern sind die größte Gefahr für ihre Kinder, und die Kinder tragen schwer an den Defiziten, die sie von zu Hause mitbringen. Da das so ist, hilft es nichts, von den Eltern Dinge zu verlangen, die sie nicht erfüllen können. Eltern können nur die Kompetenzen an ihre Kinder weitergeben, die sie selbst haben. Aber der Staat muss dann sicherstellen, dass er die Defizite der Elternhäuser ausgleicht. Die Gesellschaft muss intervenieren, damit die Kinder nach ihrem Wertekanon erzogen werden. Aus diesem Grund bin ich auch für die Kindergartenpflicht und für Ganztagschulen, die helfen, eine konstruktive Freizeitbeschäftigung sicherzustellen. Mit den Kindern, über die wir reden, spielt zu Hause niemand »Mensch ärgere Dich nicht« oder »Halma«. Das sind aber wichtige Bausteine, um die Frustrationsschwelle zu heben und die Konzentrationsfähigkeit zu stärken. Es hilft, wenn ein Kind im Spiel lernt, nicht das ganze Brett an die Decke zu schmeißen, nur weil es es zum dritten Mal hintereinander kurz vor dem Ziel rausfliegt. Heute gibt es junge Menschen im Alter von 14, 15 Jahren, die sich nur 20 Minuten lang konzentrieren können. Manche Kinder werden eingeschult und können – salopp gesprochen – kaum unfallfrei geradeaus laufen. Die Gesellschaft muss daher mitunter die Stelle der Eltern einnehmen, weil die Kinder das Kapital der Gesellschaft sind. Ich bin für eine intervenierende Gesellschaft. Sozial Schwache brauchen eine starke Gesellschaft. Sie brauchen aktivierende und führende Leitlinien, aber auch Grenzen und eine klare Sprache.

Niejahr: Sie sprechen nicht vom starken Staat, sondern von der starken Gesellschaft. Warum?

Buschkowsky: Es gibt Aufgaben, die Vertreter des Staates allein nicht bewältigen. Deshalb haben wir zum Beispiel die Stadtteilmütter entwickelt. Ich nenne sie liebevoll unser »Kopftuchgeschwader«. Es handelt sich um Mütter mit einem Migrationshintergrund, die teilweise noch nie einen festen Job oder eine regelmäßige Tätigkeit hatten, aber Lust haben, sich zu engagieren. Wir werben sie an und bilden sie sechs Monate lang in zehn Feldern aus zu Themen wie Kindergarten, Sprachkurse, gesunde Ernährung, Sexualerziehung, gewaltlose Erziehung und Schulsystem. Wir versuchen, über diese Frauen an Familien heranzukommen, die hinter verschlossenen Türen leben. Es gibt eben Familien, bei denen die Tür auch dann nicht aufgeht, wenn der Bürgermeister mit der Amtskette hundertmal klingelt. Wenn aber die Schwester davorsteht, ist das manchmal anders. So versuchen wir, die Gutwilligen zu erreichen, die oft einfach nicht wissen, wie die Welt funktioniert, in die sie hier in Deutschland gekommen sind.

Niejahr: Wie finden Sie solche Frauen?

Buschkowsky: Das geschieht im Kiez durch die Anwerbung der Frauen untereinander. Die Keimzelle war ein Projekt im Rahmen des Quartiersmanagements. Dieses Miniprojekt wurde mit 10.000 Euro aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung finanziert. Es hat sich so bewährt, dass wir es auf den ganzen Bezirk ausgedehnt haben. Heute gibt es 130 Stadtteilmütter unterschiedlichster Ethnien: Araberinnen, Kurdinnen, Türkinnen, Russinnen und viele andere. Sie sind Eisbrecherinnen. Sie sollen keine Bildung vermitteln. Das können sie nicht. Sie sind auch keine Sozialarbeiterinnen. Das können sie auch nicht. Sie sollen aber versuchen, für bestimmte Menschen die Tür zur Gesellschaft zu öffnen, was oft nur nach dem Motto funktioniert: »Schwester, ich weiß, wer Dir bei Deinem Problem helfen kann. Ich nehme Dich an die Hand, komm mit und vertraue mir.«

Niejahr: Was tun Sie noch in Neukölln, um verschlossene Türen zu öffnen oder Nachbarschaften zu unterstützen?

Buschkowsky: Ein ganz anderer Versuch ist unser Campus Rütli, ein großer Feldversuch, der eine neue urbane Stadtkultur schaffen soll. Wir wollen auf 50.000 Quadratmetern die gesamte öffentliche Infrastruktur unterbringen, so dass alle Menschen, die in diesem Gebiet aufwachsen, sich dort immer wieder begegnen – egal, ob sie zum Sportverein oder zur Volkshochschule gehen. Auf dem Gelände befinden sich Krippe, Grundschule, Oberschule mit Oberstufe, Berufsfindungswerkstätten, Jugendclub, Sporthalle, Musikschule, Volkshochschule, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst und eine Wiese zum Grillen und Streetballspielen. Wir wollen dort die soziale Kompetenz eines ganzen Stadtquartiers mit 5.000 Einwohnern zusammenführen. Wir wollen nicht, dass – wie bisher – Mohammed morgens nach links zur Hauptschule geht, während Ahmed zum Ernst-Abbe-Gymnasium nach rechts verschwindet, obwohl beide im gleichen Haus wohnen. Der Campus soll der gesellschaftliche Mittelpunkt dieses Wohngebiets sein. Der Starke soll das Vorbild für den Schwachen sein, aber auch Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Schwachen entwickeln. Die Menschen sollen sich weniger voneinander abschotten. Wir haben nämlich das Problem der bereits ganz früh einsetzenden Segregation schon bei den Kleinsten. Von den Kindern, die im Neuköllner Norden geboren werden, kommt ein weitaus geringerer Teil auch in die Schulen. Der andere Teil der Kinder ist im Alter von fünf oder sechs Jahren weggezogen. Bildungsorientierte Eltern verlassen vor der Einschulung das Quartier, weil sie ihre Kinder dort nicht zur Schule schicken wollen. Das wiederum bedeutet, dass sich in den Klassen die normale soziale Spreizung nicht mehr widerspiegelt, weil der Anteil der Kinder aus schwierigen Verhältnissen überwiegt.

Niejahr: Ihre Zielgruppe, die Sie zum Bleiben bewegen wollen, sind also junge Familien mit sehr kleinen Kindern?

Buschkowsky: Ja, und das gelingt nur, wenn diese Familien mir glauben, dass die Sorge um ihren Nachwuchs unbegründet ist. In Berlin gab es gerade im letzten Jahr eine starke bürgerliche Bewegung für eine evangelische Privatschule in Kreuzberg. Der Spitzenmann dieser Initiative war der stellvertretende Chefredakteur einer linken Tageszeitung. Viele drohten mit dem Wegzug, wenn die Privatschule nicht errichtet wird. Daran sehen Sie, welche Bedeutung das Thema hat.

Niejahr: Was würden Sie sagen, wenn das Ganze in Neukölln passieren würde?

Buschkowsky: Das Neuköllner Bezirksamt hätte sich vermutlich anders als die Kreuzberger Kollegen verhalten. Die Kreuzberger sagen: Das leistet der Segregation in den Schulen noch mehr Vorschub. Wir sortieren damit die sozial Starken aus. Deswegen wollen wir die Privatschule nicht. Wir wollen die Durchmischung. Ich sage: Die Folge davon ist, dass die Eltern fortziehen. Mit jedem

Möbelwagen verlassen nicht nur Möbel das Quartier, sondern auch soziale Kompetenz. Der ständige Aderlass an sozialer Kompetenz führt zum Niedergang. Ich würde ihnen die Privatschule geben; denn wenn ich das Kind des Philharmonikers schon nicht in der Schule halten kann, dann würde ich wenigstens wollen, dass es mit seiner Familie im Quartier bleibt und dass damit im Sportverein, auf dem Spielplatz und im Hausaufgang vielleicht doch noch so etwas wie eine Beziehung und nicht die alleinige Abbildung eines Unterschichtenmilieus entsteht. Nach der erwähnten Studie der Humboldt- Universität wohnt in Neukölln Nord eine homogene Gruppe von Menschen, die größtenteils sozial ausgegrenzt ist. Und es gibt keine Anzeichen einer positiven Entwicklung, sondern eher eine dynamische Entwicklung nach unten. Wenn ich nicht will, dass die sozialen Kompetenzen der Bewohner dieses Stadtteils immer schlechter werden, dann muss ich den Menschen die Möglichkeit des Wählens und Bleibens geben. Die Sorge um den Nachwuchs ist die größte Sorge, die Eltern haben. Neukölln ist seit vielen Jahren sehr beliebt bei jungen Leuten, die nach Berlin ziehen, weil die Mieten hier so niedrig sind. Junge Menschen haben eine hohe Frustrationsschwelle hinsichtlich Lärm, sozialer Verwerfungen und Dreck auf der Straße. Sie brauchen auch keine Gardine mit Goldkante am Fenster. Wenn die jungen Leute aber Familien gründen und Kinder haben, dann ziehen sie weg – spätestens mit dem Schuleintritt der Kinder. Für die bildungsorientierten Migranten gilt das übrigens in besonderem Maße. Gerade sie telefonieren vorher die Schulen ab, in die ihre Kinder eingeschult werden können, und fragen, wie hoch der Migrantenanteil ist. In London sind Privatschulen ein Massenphänomen, in den Niederlanden gibt es die Teilung in »schwarze« und »weiße« Schulen. Die Sorge um die Schulbildung ihrer Kinder ist ein zentrales Anliegen aller Eltern, nicht nur in Neukölln. Die Menschen möchten, dass ihre Kinder entsprechend ihrer Anlagen gefördert werden. Das ist nicht der Fall, wenn in einer Klasse 50 Prozent der Kinder das Tempo so sehr verlangsamen, dass daraus für die anderen 50 Prozent Stillstand folgt. Es gibt den augenzwinkernden Satz: Kinder lernen nicht durch die Schule, sondern trotz der Schule – weil die Schule nur auf den Fundamenten aufbauen kann, die die Eltern gelegt haben. Das Elternhaus muss übrigens nicht aus Akademikern bestehen. Im Elternhaus muss nur Motivation vermittelt werden. Es reicht oft schon, wenn die Eltern sagen: »Kind, wir hatten keine Möglichkeit, lesen und schreiben zu lernen. Das ist nicht gut für unser Leben gewesen. Du sollst es besser haben. Lies, geh zur Schule und mach Deine Hausaufgaben.« Meine Oma hat immer gesagt: »Arm kann man ruhig sein, aber man muss keine dreckigen Socken anhaben.« Genauso gilt: Man muss nicht lesen und schreiben können, um sein Kind zum Lesen und Schreiben zu motivieren.

Niejahr: Wie binden Sie engagierte Bürger oder Organisationen in Ihre Stadtteilpolitik ein?

Buschkowsky: Ich glaube, dass wir in Berlin ein sehr gutes System entwickelt haben, nämlich das Quartiersmanagement, bei dem die Bürger- und Nachbarschaftsbeteiligung ein wesentlicher Bestandteil sind. Das Quartiersmanagement gibt es in verschiedenen Berliner Bezirken mit sozial schwierigen Gebieten. Es ist ein Instrument der »Sozialen Stadt«. Mit aus öffentlichen Zuwendungen finanzierten verwaltungsfernen Büros versuchen Quartiersmanager unter Einbeziehung der Bürgerschaft die Lebensqualität im Stadtteil zu verbessern und die Teilhabe der Bürger an ihrem Stadtteil nachhaltig zu stimulieren. Das geschieht über die üblichen Instrumente aus Beiräten, Stadtteilzeitungen, Straßenfesten, Wettbewerben oder Kommunikationszentren für Alte und Junge. Gestaltend können die Quartiersmanager über Projektmittel wirken. Sie verfügen aber über keine Steuerungs- oder gar Eingriffskompetenzen. So können sie zum Beispiel nicht einfach alle wichtigen Akteure eines Sozialraums an einen Tisch zwingen und regeln, wie man mit der Entwicklung in einer Straße oder einem Block umgeht. Ich halte das für falsch. Ich bin dafür, mehr Verbindlichkeit in das Quartiersmanagement zu bringen, damit die beteiligten Bürger dabeibleiben. Bisher sagt man zum Beispiel dem Bürger A, dass seine Beschwerde zwar richtig ist, man aber leider nichts tun kann, weil das Sache der Polizei ist. Den Bürger B schickt man zum Jugendamt, den Bürger C zur Schule. Irgendwann fragen die Leute: »Weswegen sitze ich hier eigentlich und mache mit beim

Quartiersmanagement, wenn wir doch nichts zu sagen haben?« Ich rede einem verbindlichen Quartiersmanagement das Wort. Die Quartiersmanager sollten Kompetenzen erhalten, die Beteiligung von einzelnen Behörden durchzusetzen, einen Datenaustausch zu entwickeln oder auch konzertierte Aktionen koordinieren und durchführen zu können. Die momentane Struktur, dass das Quartiersmanagement vom »Goodwill« der Behörden abhängig ist, halte ich für nicht ausreichend. Auch an dieser Stelle können wir von den Niederlanden lernen, wo die Vernetzung und operative Zusammenarbeit aller beteiligten hoheitlichen Kräfte außerhalb des normalen Aufgabenspektrums inzwischen gang und gäbe ist. Aus meiner Sicht ist ein durchgängiges Phänomen unserer Gesellschaft, dass Verbindlichkeit fehlt oder sogar abgebaut wird. Wir hängen noch immer ein wenig den Slogans der 68er-Revolution nach. Damals rief man: »Unter den Talaren – Muff von 1.000 Jahren«. Ein Synonym dafür, dass alles beseitigt werden sollte, was nach Reglementierung, Zwang und überkommener Struktur roch. Nach der Wiedervereinigung sagten die ehemaligen DDR-Bürger: »Staat und Bevormundung hatten wir lange genug. Wir wollen endlich frei sein.« Beides zusammen hat dazu geführt, dass unsere Gesellschaft inzwischen fast eine beobachtende Gesellschaft geworden ist, die nur noch beschreibt, aber nicht mehr bereit ist, Normen, die wir uns im Interesse von allen gesetzt haben, auch durchzusetzen. Das Selbstbewusstsein hierfür ist einfach verlorengegangen. Heute werden verpflichtende Gesetze verabschiedet, die keine Sanktionsklauseln enthalten, womit die Durchsetzung völlig zahnlos wird. Gerade die gesellschaftliche Linke muss sich engagieren; denn wenn das rechte Rattenfänger tun, wird es gefährlich. Ich habe in Rotterdam einen Satz gehört, der mir nicht mehr aus dem Kopf geht. Er lautet: »Wir haben unseren Pim Fortuyn gelernt.« Fortuyn war der niederländische Rechtspopulist, der sehr einflussreich war, bevor er erschossen wurde.

Niejahr: Mit solchen Thesen tun sich viele in Ihrer Partei, der SPD, eher schwer. Stört Sie das eigentlich?

Buschkowsky: Ich werde häufig gefragt, ob ich nicht in der falschen Partei bin. Ich sage dann immer: Ich finde, dass ich in genau der richtigen Partei bin. Für die Chancengleichheit aller einzutreten, also auch derer, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wurden und bei denen sonntags keine Hausmusik gemacht wird, ist sozialdemokratische Politik. Teile meiner Partei haben nur ein wenig vergessen, dass der Idealzustand einer Gesellschaft, in der alle Menschen gut und alle Bürger mündig sind, derzeit noch eine Baustelle ist, die wir irgendwann vollenden werden. Im Moment jedoch gibt es nun einmal Menschen, die Hilfe und Führung brauchen.

Niejahr: Sie plädieren für einen stärkeren Staat. Können Sie trotzdem mit dem Prinzip der Subsidiarität etwas anfangen?

Buschkowsky: Natürlich. Wir brauchen beides. Subsidiarität heißt ja nur, dass sich die Gesellschaft verschiedener Erfüllungsgehilfen bedient. Das ist etwas anderes als »Laisser-faire«. Unter Subsidiarität verstehe ich, dass der Staat nur dort eintritt, wo andere die Dinge nicht besser regeln können. »Andere« können zum Beispiel karitative oder religiöse Organisationen sein, auch muslimische Gemeinden.

Niejahr: Die scheinen Ihnen aber keine große Hilfe zu sein.

Buschkowsky: Derzeit nicht. Derzeit sind muslimische Gemeinden bei uns eher rückwärtsgerichtet, obwohl einzelne Imame dabei sind, das zu ändern. Ich kenne Imame, die in ihren Predigten gegen die Zwangsverheiratung zu Felde ziehen und für Bildung, Schulbesuch und ein selbstbestimmtes Leben der Mädchen predigen. Das gibt es und diese Gemeinden sind wichtige Partner, ganz im Sinne des Subsidiaritätsgedankens, aber sie stehen nach meinem Erleben zurzeit noch nicht für den »Mainstream« der muslimischen Gesellschaft.

Niejahr: Wie sieht Ihr Austausch mit den muslimischen Gemeinden ganz konkret aus? Wo und wie trifft ein Bezirksbürgermeister einen Imam zum Gespräch?

Buschkowsky: Ich gehe hin und wieder in Moscheen und stelle mich der Diskussion mit den Mitgliedern der Gemeinde. Ich diskutiere auch mit Frauen, die Kopftuch oder andere Verhüllungen tragen, und sage ihnen klar, dass ich es nicht für richtig halte, dass eine Frau in dieser traditionellen Bekleidung bei uns eine hoheitliche Tätigkeit ausüben sollte. Sie ist eine Botschafterin einer Kultur, die nicht die Kultur dieses Landes ist. Abgesehen davon gehe ich zu Veranstaltungen, zum Beispiel zur Arabischen Kulturwoche oder auf Straßenfeste, die nach einem Grußwort des Bürgermeisters auch heute schon gemeinsam von der evangelischen Pfarrerin und dem türkischen Imam eröffnet werden. Dort sitzt man beim Tee zusammen und unterhält sich. Natürlich erhalte ich auch Berichte, wie zum Beispiel von meinem Migrationsbeauftragten, der mir sagt, welcher Imam sich wo durch welche Predigten ausgezeichnet hat. Es gibt allerdings keine strukturierten, institutionalisierten Kontakte zu den einzelnen Moscheevereinen, von denen in Neukölln über 20 existieren.

Niejahr: Und wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den muslimischen Organisationen, die Sie als Partner sehen?

Buschkowsky: Wir haben viel zu tun mit der größten türkischen Organisation in Berlin, dem Türkisch-Deutschen Zentrum mit Sitz in Neukölln und 2.500 Mitgliedern. Die Zusammenarbeit ist, wenn man so will, ein weiteres Beispiel für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in Neukölln. Ein Beispiel: Das Albert-Schweitzer-Gymnasium war vor einigen Jahren eine sterbende Schule. In der unmittelbaren Nachbarschaft gab es viele »Dealer« und »Junkies«, niemand meldete sein Kind dort noch an. Wir haben gesagt: »Das Schließen eines Gymnasiums im Neuköllner Norden ist das schlechteste Signal, das wir als Stadt überhaupt aussenden können. Wir müssen gemeinsam mit der Schule etwas unternehmen.« Gestartet sind wir dann mit dem Türkisch-Deutschen Zentrum, das die Freizeit- und die Hausaufgabenbetreuung der Schüler übernommen hat. So haben wir aus der Schule ein Ganztagsgymnasium gemacht. Mittlerweile ist es erblüht. Die Schülerzahl wurde fast verdoppelt. Heute steht es bei den Grundschulern, denen der Besuch eines Gymnasiums empfohlen wird, auf Platz 2 der Wunschgymnasien in Neukölln. Die Zahl der Abiturienten wird sich in diesem Jahr vervierfacht haben. Bei einem Anteil von 90 Prozent an Schülern mit Migrationshintergrund liegt die Abiturnote der Schule im üblichen Landesdurchschnitt. Es geht also, wenn man die Probleme und die Schwächen, die es im Sozialgefüge gibt, gezielt aufgreift und ihnen entgegenwirkt. Das erfordert ein konkretes praktisches Engagement des Staates und der Gesellschaft, jedoch keine Sonntagsreden.

Niejahr: Alle reden über Bildung und Integration als große Herausforderungen der Zukunft. Rennen Ihnen gemeinnützige Organisationen und andere zivilgesellschaftliche Helfer nicht längst die Türen ein?

Buschkowsky: Einerseits ja, das Interesse ist groß. Andererseits: An unserem Rathaus steht eine riesengroße Kiste, auf der »Solidarität« steht. Deren Deckel ist nicht mehr zu schließen. Für die Kiste, auf der »Geld« steht, gilt das aber nicht. Wir haben für alle Nord-Neuköllner Grundschulen Schulstationen eingerichtet. Das hätten wir auch für die Oberschulen machen müssen. Wir haben aber nicht genug Geld dafür. Eine Schulstation kostet 75.000 Euro im Jahr. Das ist übrigens weniger, als für zwei Plätze im Jugendgefängnis pro Jahr ausgegeben wird.

Niejahr: Was genau macht eine Schulstation?

Buschkowsky: Meistens ist sie mit zwei Sozialarbeitern besetzt. Sie sind Ansprechpartner für die Schüler und werden bei Konflikten zwischen den Schülern eingeschaltet. Sie helfen bei den Hausaufgaben. Manchmal werden sie auch als Pausenaufsicht missbraucht. Das sage ich bewusst so, da die Schulstation dafür nicht da ist. Sie sollen eigentlich Helfer für die Schüler und Mittler zwischen der Elternschaft und der Schule sein, ein Hilfsorgan der Schule. Diese Organisation ist nicht starr an die Riten der Schulen gebunden, gleichwohl ist sie aber Teil der Schule, und sie soll der Schule zuarbeiten. Es gibt auch Schulstationen, die sich im Konfliktfall als Anwälte der Schüler oder Eltern gegen die Schule verstehen. Das ist natürlich auch nicht im Sinne des Erfinders.

Niejahr: Bei Ihrer Idee von der intervenierenden Gesellschaft gibt es ein grundsätzliches Problem: Wenn der Staat tut, was Sie fordern, und strenge Regeln für bildungsferne Schichten durchsetzt, kommt damit oft auch eine große Mehrheit unter Druck, die solche Regeln nicht will und oft auch nicht braucht. Mit der Kindergartenpflicht und der obligatorischen Ganztagschule nehmen Sie beispielsweise dem Bildungsbürger im wohlhabenden Berlin-Zehlendorf die Möglichkeit des nachmittäglichen Musikunterrichts für seine Kinder. Ist Ihnen das egal?

Buschkowsky: Herzlich willkommen im alten Preußen mit dem Dreiklassenwahlrecht! Nichts anderes ist das, was Sie gerade vorgetragen haben! Sie haben gerade sinngemäß gesagt, dass es Menschen gibt, die schlau sind und wissen, was richtig ist. Das wusste das Bürgertum schon immer – auch im alten Preußen. Daneben gibt es die »Dummen«, und um die muss sich der Staat kümmern. Die »Schlaunen« brauchen keinen Staat. Die Hauptsache ist, dass die Dummen weit weg genug wohnen. Ich halte das für sehr kurz gegriffen, obwohl mir diese Argumente natürlich ständig begegnen. Ich will nur einmal an etwas erinnern: Friedrich Wilhelm I. hat die Schulpflicht gegen den erbitterten Widerstand der Bevölkerung eingeführt. Sie ist mit Waffengewalt durchgesetzt worden, weil die dummen Massen nicht begriffen haben, dass Schule wichtiger ist als Kinderarbeit, auch wenn man gerade Hunger hat und das Geld braucht, das ein Kind verdient. Unsere heutige Wissensgesellschaft und der hohe Standard der Bildung in unserem Land sind aber darauf zurückzuführen, dass Bildung damals zum Allgemeingut für alle geworden ist. Im Übrigen bestreite ich, dass Verwahrlosung ein Minderheitenproblem ist. 17 Millionen Menschen haben einen Migrationshintergrund. Von denen befindet sich ein gehöriger Anteil – ich denke aber nicht, dass es die Mehrheit ist – in einem Status, in dem man sie an die Hand nehmen muss. Vergessen Sie aber bitte auch die deutsche Unterschicht nicht. Es gab schon die Polizei, Gefängnisse und Staatsanwaltschaften, bevor es den ersten Gastarbeiter in Deutschland gab. Im Übrigen: Der Vorläufer des Kinder- und Jugendhilfegesetzes stammt aus der Weimarer Republik und wurde zum Schutz der Kinder erlassen. Es gab also schon in der Weimarer Republik Eltern, die eine Gefahr für ihre Kinder waren.

Niejahr: Glauben Sie, dass am Ende die Kindergartenpflicht für alle ein Segen ist, auch für die Wohlhabenden in Berlin-Zehlendorf?

Buschkowsky: Es hat noch niemandem geschadet, Kontakt zu Menschen zu haben, die sich in anderen Lebenslagen befinden. Das Bildungsbürgertum sagt, es braucht keine Kindergartenpflicht, während es seine Kinder in die Kindergruppe der Kirchengemeinde oder die Initiativ-Kita schickt. Die Verlogenheit ist doch grenzenlos.

Niejahr: Wahrscheinlich wollen solche Bürger Angebote, die sie sich selber aussuchen können.

Buschkowsky: Na klar, spiel nicht mit den »Schmuddelkindern« – das steckt dahinter. Natürlich ist es angenehmer, wenn bei den Elternversammlungen alle den gleichen intellektuellen Horizont besitzen.

Niejahr: Jetzt lernen wir doch noch den Linken in Ihnen kennen.

Buschkowsky: Ich verstehe ja Ihre Frage, ob es wirklich sein muss, dass eine kleine Minderheit der Mehrheit Entscheidungen aufzwingt. Ich bestreite allerdings, dass das bei der Kindergartenpflicht der Fall wäre. Wir in Deutschland neigen im Übrigen zu sehr zur Gleichmacherei. Das ist ein richtiger Wahn. Der Staat sollte mehr Möglichkeiten haben, auf Problemlagen adäquat zu reagieren. Muss das, was in Berlin Neukölln richtig ist, wirklich auch in Bad Bevensen oder in Hamburg an der Elbchaussee richtig sein?

Niejahr: Wollen Sie, dass die Kindergartenpflicht von Stadtteil zu Stadtteil unterschiedlich geregelt wird?

Buschkowsky: Vielleicht nicht in verschiedenen Stadtteilen, aber warum soll nicht eine Stadt entscheiden können, dass alle Kinder ihrer Bürger in den Kindergarten gehen müssen? Ich wehre mich nur gegen den Gedanken, dass man etwas nicht tun kann, weil es nur einen Teil der Bevölkerung betrifft. Mit diesem Argument dürften wir vieles nicht machen. Strafbestimmungen werden auch nur für eine bestimmte Art von Straftätern eingeführt.

Niejahr: Davon bleibt die Mehrheit im Alltag aber unbehelligt. Mit einer Kindergartenpflicht intervenieren Sie viel stärker in das Leben der Menschen.

Buschkowsky: Der Staat interveniert häufig in das Privatleben seiner Bürger, etwa mit der Steuergesetzgebung oder den Bauvorschriften für das Einfamilienhaus. Ich weiß, wie emotional über die Kindergartenpflicht gestritten wird. Manche sagen: Ich kann mein Kind besser großziehen als eine 22-jährige Erzieherin. Andere klagen: Ich brauche nicht die Läuse von anderen Kindergartenkindern.

Niejahr: Sie haben beschrieben, wie schwierig Solidarität in einer multiethnischen Nachbarschaft ist. Glauben Sie, dass auch für eine Gesellschaft das Prinzip gilt »Je bunter, desto unsolidarischer«?

Buschkowsky: Zugespitzt formuliert lautet Ihre Frage, ob man für den deutschen Straftäter mit Springerstiefeln seine Steuern lieber ausgibt als für den arabischen »Streetfighter«, weil man sich bei dem fragt: Was geht mich eigentlich dieser Fremde an? Diese Denkart gibt es sicherlich; sie ist eine Ausdrucksform von Rassismus. Dazu kann ich nur sagen: Wer so denkt, wird sich noch wundern; denn die Zeit der homogenen Nationalstaaten ist als Folge der Globalisierung vorbei. Um in die USA auszuwandern, musste man sich früher in ein Schiff setzen und eine lange Überfahrt hinter sich bringen. Das war beschwerlich und gefährlich. Heute setzt man sich für ein paar Euro in ein Flugzeug und steigt wenige Stunden später an einem beliebigen Punkt auf der Welt wieder aus. Wer möchte, dass der Staat nur dem etwas gibt, der blond und blauäugig ist und weiße Kniestrümpfe trägt, aber nicht dem mit schwarzem Haar und anderer Hautfarbe, sollte bedenken: Es ist künftig wahrscheinlicher, dass der Migrant seine Rente mitfinanziert als dass er selbst zum Sozialtransfer des Ausländers etwas beisteuert. Grund dafür ist, dass die Geburtenraten von Migranten höher sind als vom Rest der Gesellschaft. Daher werden auch Menschen mit Migrationshintergrund in zunehmendem Maße zur Elite dieses Landes gehören und natürlich auch zum

Wohlstand dieses Landes sowie zur geistigen Prosperität beitragen. Das ist heute teilweise schon so, denken Sie zum Beispiel an die vielen türkischen Schriftstellerinnen, deren Bücher auf dem Markt sind.

Niejahr: Gibt es wirklich nur ein Rassismusproblem oder wird es generell weniger solidarisch zugehen, wenn sich herumspricht, dass Armut in Deutschland vor allem ein MigrantInnenproblem ist?

Buschkowsky: Armut gibt es nicht nur bei MigrantInnen, aber durch die Verknüpfung mit zusätzlichen Faktoren tritt sie dort stärker auf als bei der deutschstämmigen Bevölkerung. Ich denke, es gibt auf Dauer nicht unbedingt weniger Solidarität, aber immer weniger Bereitschaft, für die falschen Dinge Geld zu bezahlen. Wenn man den Menschen immer weismacht, dass alles in Ordnung ist und man eigentlich nur ein paar Sozialarbeiter mehr braucht, dann wird man scheitern. Die Menschen erleben im Alltag nämlich, dass nicht alles in Ordnung ist. Sie sehen den Anstieg der Gewaltkriminalität unter jungen Männern mit Migrationshintergrund. Sie sehen, was in den Schulen los ist. Gleichzeitig erkennen sie aber, dass unsere Gesellschaft zahnlos ist und die Probleme nicht angeht. Sie sagen: »Dafür soll ich investieren?« Durch die permanente und erlernte Abhängigkeit von öffentlicher Wohlfahrt werden der Überlebenswille, die Kreativität und der Ehrgeiz von Menschen gelähmt. Wir müssen aber die Menschen motivieren, ihre Fähigkeiten zu nutzen, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen und selbstbestimmt zu gestalten. Wir müssen aktivieren und nicht durch Vollversorgung sedieren. Gerade jungen Menschen müssen wir vermitteln, dass die Gesellschaft auch für sie gute Chancen bereithält. Dann werden sie auch kein Interesse an Parallelwelten und den Dorfriten von Opa haben. Im Moment jedoch ist aus meiner Sicht das »Unsozialste« an der Bundesrepublik Deutschland ihr Sozialsystem. Unser Sozialsystem ist ein moderner Ablasshandel. Der Staat sagt: »Hier hast Du Deinen Scheck, geh nach Hause, setz Dich hin, schau fern, kauf Dir ein ›Sixpack‹ Bier, oder geh ins Teehaus. Aber sei ruhig!« Und das funktioniert bisher auch. Unruhen wie in England und Frankreich sind uns erspart geblieben, weil wir die Menschen mit Geld ruhigstellen. Ich habe allerdings meine Zweifel daran – damit bin ich bei Ihrer Frage –, ob das für immer finanzierbar sein wird. Ferdinand Lassalle hat einmal gesagt: »Jede politische Aktion beginnt mit dem Aussprechen dessen, was ist.« Darum muss man sagen, wo die Probleme liegen und wie sie zu lösen sind. Dass wir gerade bei den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf ein riesiges Bildungsproblem zusteuern, hat übrigens Heinz Kühn, der ehemalige NRW-Ministerpräsident und erste Ausländerbeauftragte der Bundesrepublik Deutschland, schon 1979 erkannt. In seinem ersten Bericht hat er auf die Bildungsmisere hingewiesen. Er schreibt: »Die schulische Situation der ausländischen Kinder und Jugendlichen ist durch einen unzureichenden Schulbesuch, eine extrem niedrige Erfolgsquote bereits im Hauptschulbereich und eine erhebliche Unterrepräsentation ausländischer Schüler an weiterführenden Schulen gekennzeichnet. Eine von der Schule zu übernehmende Hypothek sind die Lücken in der vorschulischen Erziehung. Beachtlich sind ferner auch hier die bei den ausländischen Eltern bestehenden Hemmnisse, die Bedeutung des Schulbesuchs für die Zukunftsentwicklung ihrer Kinder richtig einzuschätzen.« Das könnte im Jahre 2008 geschrieben worden sein. Und was hat unsere Gesellschaft mit solchen Denkschriften gemacht? Nichts.

Niejahr: Was haben Sie selbst in Ihren Jahren als Bezirksbürgermeister dazugelernt? Oft heißt es: »Der Buschkowsky hat als ›Multikulti-Kritiker‹ angefangen und macht mit dem Campus Rütli jetzt selbst ein ›Multikulti-Projekt‹.«

Buschkowsky: Ich bin nach wie vor ein Gegner jedweder Sozialromantik und glaube, dass unsere Gesellschaft und auch unsere Parlamentarier immer noch nicht hinreichend bereit sind, die Realität als Realität zu akzeptieren. Vielfach bestimmt Sozialromantik und das Prinzip, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, das Handeln. Es herrscht immer noch viel Wunschdenken vor. Ich vergleiche das immer mit dem Zentralkomitee der SED. Es ist letztendlich auch daran gescheitert,

dass dort niemand mehr wusste, was in der Kaufhalle wirklich gesprochen wurde. Man hat geglaubt, die DDR sei ein blühender Staat, weil die Häuser bis zum ersten Stock angepinselt wurden, bevor die Politiker mit ihrem Wolga durch die Ortschaften gefahren sind. Ich bin vor allem Realpolitiker. Ich sehe die Armutproblematik, die soziale Entwicklung und meine Verantwortung als Kommunalpolitiker, den nächsten Generationen ein Neukölln zu hinterlassen, in dem die Menschen friedlich in einer Werteordnung leben, die unsere Vorfäter entwickelt haben, nämlich in einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Demokratie ist nicht die Anleitung zur Beliebigkeit. Gerade in der Demokratie braucht man feste Regeln. Deshalb trete ich immer wieder für einen intervenierenden Staat ein. Wir müssen die Menschen erreichen und mit ihnen die Gesellschaft von morgen formen. Wir dürfen nicht zusehen, wie bei uns Kinder geschlagen, Mädchen zwangsverheiratet und aus der Schule genommen werden und Frauen in Rollen nach tradierten Riten leben müssen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Kinder nicht zur Schule gehen, weil sie zu Hause angeblich wichtigere Dinge erledigen müssen. Zur Not müssen wir den Schulbesuch, wie Friedrich Wilhelm I., mit harter Konsequenz durchsetzen. Die Kinder und nicht die Eltern sind das Kapital der Gesellschaft. Natürlich habe ich in vielen Gesprächen und auf Reisen dazugelernt. Ich habe viele Einsichten gewonnen, die ich vor 15 Jahren nicht hatte. Ich bin da wie eine Leimrute: Es bleibt immer etwas hängen. Aber noch mehr hat sich um mich herum verändert. Denken sie nur an Cem Özdemir.

Niejahr: ... den Bundesvorsitzenden der Grünen ...

Buschkowsky: ... der übrigens ein Bürger Kreuzbergs ist. Auch er plädiert für den intervenierenden Staat. Das war in seiner Partei lange nicht üblich. Ich sage immer: Je bunter die Mischung, desto klarer und fester müssen die Regeln sein. Regeln, die für alle gelten, nicht nur für Migranten. Integrationspolitik muss verständlich sein – es muss also eine klare Sprache gesprochen werden. Sie muss operativ sein – also vor Ort erlebbar. Und man muss einen langen Atem haben. Das heißt in der Konsequenz: Integrationspolitik kann keine Projektpolitik sein. Die Regelsysteme müssen an die neuen Realitäten der Gesellschaft angepasst werden. Vor allen Dingen in der Bildungspolitik. Das Geld, was wir dort sparen, werden wir in den Strafvollzug investieren. Falls jemand auf die Idee käme, zu sagen: »Wenn der Buschkowsky wieder ein bisschen herumschreit, dann geben wir ihm einfach noch 25.000 Euro für ein Straßenfest«, dann wäre es mir nicht gelungen, deutlich zu machen, worum es geht. Es gibt viele Neuköllns in unseren Großstädten. Sie sind Vorreiter der Integration, und deswegen sollten wir sie gut beobachten und besser behandeln als bisher. Integration ist kein Naturgesetz, was sich von allein vollzieht, sondern ein Prozess, der gesteuert werden muss. Voraussetzung dafür ist aber eine Gesellschaft, die nicht nur offen ist, sondern auch bereit, Konflikte auszuhalten und auszutragen.

Aus: Demographieberichte, Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart

Heinz Buschkowsky

Bezirksbürgermeister Berlin-Neukölln



Bezirksbürgermeister Berlin-
Neukölln
Bezirksamt Neukölln
Karl-Marx-Str. 83
12040 Berlin
Telefon: 030 - 90 23 90
Stacey.Treichel@bezirksamt-
neukoelln.de

Der 62-jährige Diplom-Verwaltungswirt lebt seit seiner Geburt in Neukölln. Er trat 1973 der SPD bei. 1979 wurde er als Bezirksverordneter gewählt und war von 1985 bis 1989 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV. Als Bezirksstadtrat für Finanzen und Wirtschaft wechselte er 1989 ins Bezirksamt, war von 1991 bis 1992 Bezirksbürgermeister, von 1992 bis 1995 stellvertretender Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat für Finanzen, Personal und Sport. Von 1995 bis 1999 war er stellvertretender Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat für Jugend und Sport, von November 1999 bis November 2001 Bezirksstadtrat für Gesundheit, Umwelt und Sport. Seit 1. Dezember 2001 ist er Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Finanzen, Wirtschaft und Sport. Seit 26. Oktober 2006 ist er Bezirksbürgermeister (dritte Amtsperiode) und Leiter der Abteilung Finanzen und Wirtschaft. Zudem ist er Mitglied bei der Arbeiterwohlfahrt.

* 31. Juli 1948, Berlin
verheiratet

seit 1973

Mitglied der SPD

1973 - 1989

berufliche Tätigkeit in verschiedenen Senatsverwaltungen

seit 1978

Mitglied der Arbeiter Wohlfahrt

1979 - 1989

Mitglied der BVV Neukölln

1985 - 1989

Vorsitzender der SPD-der BVV

1989 - 1991

Bezirksstadtrat für Finanzen und Wirtschaft

1991 - 1992

Bezirksbürgermeister in Berlin-Neukölln

1992 - 1995

Bezirksstadtrat für Finanzen, Personal und Sport und stellvertretender Bezirksbürgermeister

1995 - 1999

Bezirksstadtrat für Jugend und Sport und stellvertretender Bezirksbürgermeister

1999 - 2001

Bezirksstadtrat für Gesundheit, Umwelt und Sport

2001 - 2006

2. Amtsperiode als Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Finanzen, Wirtschaft und Sport

seit 26. Oktober 2006

3. Amtsperiode als Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Finanzen und Wirtschaft

Ehrungen

1994

USAFE Medal Of Merit

2005

THW Helferzeichen Gold mit Kranz

2009

Redner- und Dialogpreis 2008

2010

Gustav-Heinemann-Bürgerpreis

2010

Markgräfler Gutedelpreis

2010

Lindauer Sozialistenhut

2011

Berliner des Jahres 2010

Integrationsminister Guntram Schneider: „Bildung ist jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wichtig“

34 Prozent der jungen Zugewanderten haben hohen Schulabschluss

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:

„Vielen jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind Bildung und beruflicher Erfolg wichtig – und sie sind weit besser integriert und in der Schule erfolgreicher als viele meinen.“ Das sagte Integrationsminister Guntram Schneider am 18. Februar 2011 in Hamm bei der Vorstellung eines Buches der Friedensschule Hamm, in dem Schülerinnen und Schüler – alle mit ausländischen Wurzeln – in Wort und Bild portraitiert werden.

Die Integration im Bildungsbereich sei besser als ihr Ruf, so Minister Schneider weiter. Junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die zum großen Teil hier geboren seien, hätten deutlich höhere Bildungsabschlüsse als ihre Elterngeneration: So haben 29 Prozent der 18- bis 64-jährigen Migrantinnen und Migranten in NRW die Fachhochschul- oder Hochschulreife, aber 34 Prozent der 18- bis 24-Jährigen. (Quelle: Mikrozensus 2009).

Wie wichtig es sei, dass die Landesregierung in der Integrationspolitik vor allem bei der Bildung der jungen Generation ansetze, zeige diese Zahl: 37 Prozent der Kinder und Jugendlichen in NRW unter 18 Jahren haben einen Migrationshintergrund. „Diese jungen Menschen müssen von Anfang an die Chance auf gute Bildung bekommen“, sagte Schneider.

Um die Potenziale von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte besser erkennen und fördern zu können, hat das Integrationsministerium gemeinsam mit dem Schulministerium das aus EU-Mitteln geförderte Projekt „Chancen der Vielfalt nutzen lernen“ gestartet. Studierende in den Bereichen Lehramt und Soziale Arbeit werden dabei für die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund qualifiziert. Ein weiteres gemeinsames Projekt mit dem Schulministerium hat das Ziel, junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für den Lehrerberuf zu interessieren.

Er wolle den Blick auf die vielfältigen Potenziale von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte lenken, so der Minister weiter, beispielsweise deren Mehrsprachigkeit und ihre interkulturelle Kompetenz: „Unsere Gesellschaft muss noch lernen, diese Chancen zu erkennen und zu nutzen. Und mit Blick auf den Fachkräftebedarf der Zukunft können wir es uns gar nicht leisten, diese Potenziale brachliegen zu lassen.“

Die Beispiele im Buch zeigten, wie viele junge Menschen mit Migrationshintergrund in Hamm gut angekommen seien und wie wichtig ihnen das Thema Bildung sei, sagte Minister Schneider. Da es auch sein Anliegen sei, Integrationserfolge sichtbar zu machen, habe er die Schirmherrschaft über dieses Buchprojekt der Friedensschule Hamm – einer Gesamtschule mit Schülerinnen und Schülern unterschiedlichster Herkunft – sehr gerne übernommen.

Guntram Schneider

Minister für Arbeit, Integration und Soziales, Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
Guntram Schneider
Minister für Arbeit, Integration
und Soziales
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 855 5
Fax: 0211 - 853211

www.mais.nrw.de

* 2. Juli 1951, Gütersloh/Westfalen
verheiratet

1957 – 1965 Besuch der Volksschule in Gütersloh/Isselhorst

1965 – 1968 Ausbildung zum Werkzeugmacher

1968 – 1973 Tätigkeit als Werkzeugmacher, Jugendvertreter,
Betriebsrat

1974 Besuch der Heimvolkshochschule

1974 – 1976 Leiter der DGB-Nebenstelle Halle/Westfalen,
Jugendsekretär des DGB-Kreises Bielefeld

1976 – 1979 Leiter der Abteilung Jugend beim DGB-
Landesbezirk NRW

1979 – 1982 Leiter des Büros des DGB-
Landesbezirkvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen

1982 – 1985 Referatsleiter beim DGB-Bundesvorstand
Abteilung Technologiepolitik Abteilung ausländische
Arbeitnehmer

1985 – 1990 Vorsitzender des DGB-Kreises Dortmund

1990 – 1994 Sekretär in der Vorstandsverwaltung der IG
Metall , Abteilung Angestellte, Arbeitsstab Franz Steinkühler,
Frankfurt a. M.

1995 -2006 1. Bevollmächtigter der IG Metall-
Verwaltungsstelle MünsterMitglied des Beirates der IG
Metall, Mitglied des Vorstandes der DGB-Region Münsterland

2006-2010 Vorsitzender des DGB Bezirk NRW / Mitglied des
Bundesausschusses des DGB

Seit 15. Juli 2010: Minister für Arbeit, Integration und
Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Workshop 1:

Keinen verlieren – alle gewinnen? Metropole der Vielfalt Oder: Was braucht das soziale Ruhrgebiet?

Wann und Wo

12.30 Uhr
Kulturzentrum Herne
Raum 064
Dauer: ca. 90 Minuten

Moderatorin

Regina Völz
Journalistin, WDR Hörfunk, Essen

Gesprächspartner

Heinz Buschkowsky,
Berlin
Gudrun Thierhoff,
Herne
Niels Mayer,
Bonn
Muzaffer Oruc,
Herne

Impulsvortrag

Viele Fragezeichen, denen der Workshop ein paar Ausrufezeichen entgegensetzen möchte. Wir werden weniger, bunter, älter – das ist klar. Das ist der demografische Wandel. Das sind Herausforderungen und Chancen. Teilhabe und Bildung sind notwendig, damit das Potential entfaltet wird und wir keinen verlieren. Aber auch damit wir friedlich und mit gleichen Chancen zusammenleben. Was kann die Generation 50plus dazu beitragen.

Gesprächspartner

- Heinz Buschkowsky, Bürgermeister des Stadtbezirks Berlin-Neukölln
- Gudrun Thierhoff, Dezernentin für Bildung, Kultur, Kinder, Jugend und Familie der Stadt Herne
- Niels Mayer, Referat „Lebenslanges Lernen“, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berlin
- Muzaffer Oruc, Vorsitzender des Integrationsbeirats der Stadt Herne

Workshop 1: Regina Völz, Journalistin WDR Hörfunk, Essen, über das Potential der Generation 50plus in Bezug auf die Bildung.

Keinen verlieren – alle gewinnen? Metropole der Vielfalt Oder: was braucht das soziale Ruhrgebiet?

Viele Fragezeichen, denen der Workshop ein paar Ausrufezeichen entgegensetzen möchte. Wir werden weniger, bunter, älter – das ist klar. Das ist der demografische Wandel. Das sind Herausforderungen und Chancen. Teilhabe und Bildung sind notwendig, damit das Potential entfaltet wird und wir keinen verlieren. Aber auch damit wir friedlich und mit gleichen Chancen zusammenleben. Was kann die Generation 50plus dazu beitragen. Ein Vorreiter im Umgang mit den Bunten und den vermeintlich Verlorenen ist der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky. Vor fünf Jahren kam der Hilferuf der Lehrkräfte von der Rütli-Schule. Mittlerweile ist dort ein Lerncampus entstanden.

Heinz Buschkowsky wird im Workshop über seine Ideen und Erfahrungen berichten. Gemeinsam mit Dezernentin Gudrun Thierhoff, Niels Mayer vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und Muzaffer Oruc, Vorsitzender des Integrationsbeirats der Stadt Herne, wollen wir überlegen, wie die aufs Ruhrgebiet anzuwenden sind. Im Workshop soll außerdem besprochen werden:
von welchen Seiten Unterstützung kommt, was der Bund mit seiner Initiative „Lernen vor Ort“ dazu beiträgt, was die Kommunen leisten oder leisten könnten und wie wir durch unsere Erfahrungen mitgestalten und eingreifen können.

Selbstverständlich sind auch die Workshop-Teilnehmer dazu eingeladen sich an dem Gespräch zu beteiligen.

Regina Völz

Journalistin, WDR Hörfunk, Essen



Regina Völz
Journalistin, WDR Hörfunk,
Essen
Milchpfad 32a
45659 Recklinghausen
Telefon: 0172 - 53 56 20 0
regina.voelz@t-online.de

* 28. Juni 1956, Berlin

Ausbildung

1975

Abitur

Hospitanz Berliner Morgenpost, Berlin

1975 - 1981

Studium München/Göttingen Germanistik,

Geschichte und Sozialkunde

Abschluß: 1. Staatsexamen Lehramt Gymnasium

1983 - 1984

Volontariat, Gandersheimer Kreisblatt, Bad Gandersheim

Hannoversche Allgemeine Zeitung

1988 - 1989

Medienpraktiker, Universität Tübingen

Fortbildung

Beruf

1984 - 1988

Redakteurin Gandersheimer Kreisblatt

1989 - 1991

Feste Freie Mitarbeiterin SDR, Karlsruhe

seit 1991

feste Freie Mitarbeiterin beim WDR, Studio Essen

1998 - 2010

DASA Jugendkongress, Dortmund

Inhaltliche Planung und Organisation

Ehrenamtliche Tätigkeit

u.a. Journalistinnenbund, Sprecherin Regionalgruppe Ruhr

Niels Mayer

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Berlin



* 1975

seit 2008

im Referat "Lebenslanges Lernen" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, dort u.a. zuständig für das Bundesprogramm "Lernen vor Ort"

Studienhintergrund: Historiker und Politikwissenschaftler in Düsseldorf und Berlin

Niels Mayer
Bundesministerium für
Bildung und Forschung
(BMBF)
Referat 321
Lebenslang lernen
53170 Bonn
Telefon: 022899 - 57 20 56
Fax: 022899 - 57 82 05 6
Niels.Mayer@bmf.bund.de

Muzaffer Oruc

Vorsitzender des Integrationsbeirats der Stadt Herne



Vorsitzender des
Integrationsbeirats der Stadt
Herne
Muzaffer Oruc
Am Kricken 12
44627 Herne
Telefon: 02323 - 98 78 83 3
m.oruc@gmx.de

* 1. September 1973 in der Türkei, seit 1975 in Deutschland
verheiratet, eine Tochter, zwei Söhne

1993

Abitur am Haranni Gymnasium, Herne

1993 - 2000

Studium mit Fachrichtung Bauingenieurwesen an der Ruhr-
Universität Bochum

Diplomarbeit am Lehrstuhl für Baustoffe und
Massivbaukonstruktionen

Abschluss als Diplom-Ingenieur

1999 - 2005

Tätigkeit in einem Immobilienvertrieb (Familienbetrieb) mit
Schwerpunkt:

- Vermarktung und Vertrieb von Immobilien aller Art
- Sanierung von Objekten und in Koordination mit Architekten
und Behörden

seit 2005

Immobilienmakler bei der LBS Münster

seit November 2004

Gewähltes Mitglied im Integrationsrat der Stadt Herne und
Sachkundiger Einwohner im Ausschuß für Planung und
Stadtentwicklung

seit November 2005

Vorsitzender des Integrationsrates der Stadt Herne

seit September 2010

Sachkundiger Bürger im Ausschuß für Soziales und
Gesundheit

seit November 2010

Stellvertretender Vorsitzender der GFI e. V. (Gesellschaft zur
Förderung der Integrationsarbeit)

Gudrun Thierhoff

Stadträtin, Dezernat III, Fachbereich Schule und Weiterbildung, Kultur, Kinder-Jugend-Familie, Integrationsbüro, Herne



* 1954, Bochum

aufgewachsen in Bochum und Herne

Studium der Erziehungswissenschaften in Marburg

verschiedene Tätigkeiten in Marburg und Düsseldorf

seit Oktober 2004

Dezernentin für Bildung, Kultur, Kinder - Jugend- Familie in Herne

Büro Dezernat III
Gudrun Thierhoff
Stadträtin
Rathaus Herne
Friedrich-Ebert-Platz 2
Telefon: 02323 - 16 22 25
Fax: 02323 - 16 23 22
kulturdezernat@herne.de

Workshop 2:

Grenzenlos gut?! Es lebe der Unterschied Oder: Mit Diversity Management in die Zukunft

Wann und Wo

12.30 Uhr
Kulturzentrum Herne
Raum 209
Dauer: ca. 90 Minuten

Moderatorin

Gülseren Celebi,
Bochum

Referenten

Radojka Mühlenkamp
und Claudia Mai,
Herne
Andreas Pamp,
Bochum
Gülseren Celebi,
Bochum

Impulsvortrag

Den demografischen Wandel im Unternehmen gestalten heißt, sich auf veränderte Erwartungen und Ansprüche der Kunden wie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen. Die Teams der Zukunft sind älter und bunter und kommen aus vielen unterschiedlichen Lebenssituationen.

Referenten

- Radojka Mühlenkamp und Claudia Mai, Regionalstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA), referieren über den wichtigen Einsatz von Botinnen im Bereich Bildung.
- Andreas Pamp, Organisations- und Personalamt, berichtet über die unterschiedlichen Umsetzungsbemühungen der Stadt Bochum seit der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt.
- Gülseren Celebi, Familientherapeutin, über interkulturelle Zusammenarbeit in einem multikulturellen Team.

Workshop 2: Gülseren Celebi, Familientherapeutin, Plan B Ruhr e.V., über interkulturelle Zusammenarbeit.

Zusammenarbeit in einem multikulturellen Team

Den demografischen Wandel im Unternehmen gestalten heißt, sich auf veränderte Erwartungen und Ansprüche der Kunden wie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen. Die Teams der Zukunft sind älter und bunter und kommen aus vielen unterschiedlichen Lebenssituationen. Nach einer kurzen Einführung zum Thema Diversity Management werden wir uns in diesem Workshop auf die Dimension der kulturellen Vielfalt und Unterschiede konzentrieren.

Anhand des Beispiels des multikulturellen Teams des Vereins Plan B werden die Leitgedanken der interkulturellen Zusammenarbeit dargestellt und der Weg der interkulturellen Teambildung aufgezeigt. Dabei wird das Konzept der interkulturellen Kompetenz als eine der wichtigsten Schlüsselkompetenzen im Bereich der Soft Skills vorgestellt und mit einer praktischen Übung erfahrbar gemacht.

Gülseren Celebi

Diplom-Sozialpädagogin Familientherapeutin im Verein Plan B Ruhr, Bochum



Diplom-Sozialpädagogin
Familientherapeutin
Plan B Ruhr e.V.
Gülseren Celebi
Diekampstr. 37
44787 Bochum
Telefon: 0234 - 41 48 25 10
guelseren.celebi@web.de

* 10.März 1962, Ankara/ Türkei, geschieden, 3 Kinder,
Übersiedelung nach Deutschland 1972

Studium der Sozialpädagogik an der Evangelische
Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum
Abschluss Diplom

Weiterbildungen im Bereich
Familienaktivierungsmanagement, Qualitätsmanagement und
Case-Management

Beruflicher Werdegang

2011

Plan B Ruhr e.V. und weiterhin Tätigkeit als
Familientherapeutin

2009

Gründung des IFAK-Familienzentrums in Herne: Ambulante
Erzieherische Hilfen für Migrantenfamilien

2006

Übernahme der Trägerschaft für zwei sozialräumlich
orientierte Ambulante Jugendhilfezentren in Bochum im
Namen der IFAK e.V.: Interkulturelle Öffnung der Ambulanten
Erzieherischen Hilfen im Ruhrgebiet

Sprecherin des landesweiten Aktionsbündnisses der
Kampagne „ihre Freiheit – seine Ehre“

2005

Ausbau und Einführung der Fachbereichsstruktur „Ambulante
Erzieherische Hilfen in der IFAK e.V.: Fachbereichsleitung

1995

Gründung des Familienhilfezentrums der IFAK e.V.:
Ambulante erzieherische Hilfen für Migrantenfamilien in
Bochum; Beratung von Frauen und Familien; Kooperation mit
Frauenhäusern, Kliniken, Gesundheitsämtern,
Mädchenschutzstellen, Polizei etc. im Ruhrgebiet

1990 - 1995

Verantwortliche Installation des IFAK-Projektes „Damla“:

Betreuung von Mädchen mit türkischem Hintergrund und ihren Familien

1986 - 1989

ABM-Stelle bei der IFAK e.V. Bochum: Aufbau von Mädchen- und Frauenarbeit

Veröffentlichungen/Vorträge

2009

„Braucht die (deutsche) Kinder- und Jugendhilfe Selbstorganisationen von MigrantInnen?“ / Deutsches Institut für Urbanistik

21. September 2007

„Interkulturelle Öffnung am Beispiel der Ambulanten Erzieherischen Hilfen: Wege-Möglichkeiten-Grenzen“ / IFAK e.V. (Tagung)

2007

„Interkulturelle Öffnung der Ambulante Erzieherische Hilfen“ / Deutsches Institut für Urbanistik

2004

„Ambulante Familienhilfe in der Einwanderungsgesellschaft“ / Otto- Benecke-Stiftung
ABM-Stelle bei der IFAK e.V. Bochum: Aufbau von Mädchen und Frauenarbeit

Workshop 2: Radojka Mühlenkamp, Diplom-Pädagogin, Herne, und Claudia Mai, Diplom-Sozialarbeiterin, Herne, über den wichtigen Einsatz von Botinnen im Bereich Bildung.

Grenzenlos gut?! Es lebe der Unterschied oder: Mit Diversity-Management in die Zukunft

Die Interkulturellen Bildungsbotinnen haben ihre Wurzeln in der Türkei, Marokko, Bosnien, Kasachstan und Sri Lanka.

Im Rahmen des Projektes „Lernen vor Ort“ haben sich die Botinnen einer Qualifizierungsmaßnahme zu Themen der Psychologie, interkulturellen Kommunikation, Politik, Gesundheit und vor allem zu Themen der Bildung informiert.

Im Jahr 2010 haben sich die ersten 11 Bildungsbotinnen bereits qualifiziert, 9 weitere folgen in diesem Jahr.

Die Interkulturellen Bildungsbotinnen engagieren sich als Brückenbauerinnen zwischen Bildungseinrichtungen und zugewanderten Eltern. Dabei vermitteln sie sprachlich und kulturell. Bei Bedarf begleiten sie zugewanderte Familien in Bildungsfragen auch über einen längeren Zeitraum. Ebenso ist eine längerfristige Begleitung von Projekten in den Bildungseinrichtungen auf Wunsch möglich.

Das Projekt „Interkulturelle Herne Bildungsbotinnen“ ist im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ von der RAA Herne konzipiert worden und wird derzeit in der 2. Qualifizierungsphase weiterhin umgesetzt.

Wer sind die RAA?

Die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) ist überall dort dabei, wo es um die Verbesserung der Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte, der Beteiligung von Eltern am Bildungsprozess und der gleichberechtigten Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen gesellschaftlichen Bereichen und der interkulturellen Öffnung der öffentlichen Dienstler geht. Die RAA entwickeln Konzepte im Bereich interkulturelle Bildung, Erziehung und Sprachförderung für alle Lebens- und Lernphasen vom Kleinkindalter bis hin zum Übergang in die berufliche Bildung.

Radojka Mühlenkamp

Diplom-Pädagogin, Leiterin der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA), Herne



Diplom-Pädagogin,
Leiterin der Regionalen
Arbeitsstelle zur Förderung
von Kindern und
Jugendlichen aus
Zuwandererfamilien (RAA)
Radojka Mühlenkamp
Amtmann-Winter-Str. 1
44649 Herne
Telefon: 02323 - 16 37 50
Radojka.Muehlenkamp@
herne.de

1975 - 1980

Studium der Erziehungswissenschaften, Psychologie und Soziologie an den Universitäten Trier und Essen

seit 1981

Tätigkeit zunächst als stellvertretende Leiterin im wissenschaftlichen Modellversuch RAA

seit 1986

Tätigkeit in der Regeleinrichtung RAA

seit 1989

Leiterin der RAA

seit 2007

Mitarbeit als Mentorin im Mentoring-Projekt für „Frauen in Führung“ bei der Stadt Herne

Claudia Mai

Diplom Sozialarbeiterin und staatlich anerkannte Erzieherin, Herne



Diplom Sozialarbeiterin und
staatlich anerkannte
Erzieherin
Claudia Mai
Amtmann-Winter-Str. 1
44649 Herne
Telefon: 02323 - 16 37 50
Claudia.Mai@herne.de

Ausbildung zur Erzieherin in Hattingen

Studium der Sozialarbeit an der ev. Fachhochschule RWL in
Bochum

1995 - 2002

Praktische Erfahrungen als Erzieherin in verschiedenen
Einsatzbereichen und Institutionen

seit 2006

Mitarbeiterin der RAA im Schwerpunkt „Elementarerziehung“

www.raa.de

Workshop 2: Andreas Pamp, Diplom-Verwaltungswirt, Diplom-Betriebswirt (VWA), über die unterschiedlichen Umsetzungsbemühungen der Stadt Bochum seit der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt.

Vielfalt als Chance – Unternehmenskultur bei der Stadtverwaltung Bochum

Die Stadt Bochum ist im Juni 2008 der Charta der Vielfalt beigetreten und damit eine der ersten Stadtverwaltungen dieser bundesweiten Initiative. Aktuell zählt die Charta bereits 800 Unternehmen, Verwaltungen und Institutionen zu ihren Mitgliedern.

Die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung zum Diversity-Management in der Stadtverwaltung Bochum hat zum Ziel, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Die Wertschätzung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität steht im Fokus. Dabei ist die Anerkennung und Förderung der vielfältigen Potenziale nicht nur eine gesellschaftliche Verpflichtung, sondern schafft auch ökonomische Vorteile für die Verwaltung.

Grundlage dafür ist ein Klima der Akzeptanz und des gegenseitigen Vertrauens. Dieses hat positive Auswirkungen auf die positive Wahrnehmung bei den vielfältigen Kundinnen und Kunden und Geschäftspartnern, mit denen die Verwaltung täglich in Kontakt kommt.

Mit der Unterzeichnung hat sich die Stadt Bochum also die Förderung von Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in die Unternehmenskultur zur Aufgabe gemacht.

In einem kurzen Referat werden die unterschiedlichen Umsetzungsbemühungen der Stadt Bochum seit der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt beschrieben.

Andreas Pamp

Diplom-Verwaltungswirt, Diplom-Betriebswirt (VWA)



Diplom-Verwaltungswirt,
Diplom-Betriebswirt (VWA)
Andreas Pamp
Emscherstr. 66
45891 Gelsenkirchen
Telefon : 0234 - 91 01 42 5
APamp@bochum.de

* 6. Februar 1972 in Bochum, verheiratet, 2 Kinder

Berufliche Erfahrung

seit Mai 2008

Organisations- und Personalamt, Strategische Organisations und Personalentwicklung, Sachbearbeiter u.a. für Interkulturelle Öffnung der Stadt Bochum/Umsetzung der Charta der Vielfalt, Projektleitung, Mitarbeit im interkommunalen Kooperationsprojekt „Integration. Interkommunal - Integration in der Metropole Ruhr“

Januar 2003 - April 2008

Organisations- und Personalamt, Abteilung Aus- und Fortbildung, Personalcontrolling und Beihilfen, Ausbilder für Nachwuchskräfte im Bereich des gehobenen Verwaltungsdienstes sowie verschiedener handwerklicher und kaufmännischer Berufe.

November 1992 - Dezember 2002

Sozialamt:

1. Hilfen zur Arbeit, Sachbearbeiter: Gewährung von Hilfen zum Lebensunterhalt
2. Sozialhilfe außerhalb von Heimen und Anstalten, Sachbearbeiter
3. Flüchtlings- und Unterbringungsangelegenheiten

Zusätzliches

2005-lfd.

Studieninstitut Dortmund, Zweiganstalt Bochum, Dozent für Kommunales Finanzmanagement

März 2007- Mai 2009

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Standort Dortmund, Dozent für Öffentliches Dienstrecht und Arbeitsrecht

Workshop 3:

Zusammen unschlagbar?! Gemeinsam auf Kurs Oder: Leben, lernen und arbeiten in der Werkstatt der Generationen

Wann und Wo

12.30 Uhr
Kulturzentrum Herne
Raum 201
Dauer: ca. 90 Minuten

Impulsvortrag

Im Austausch von Jung und Alt, im miteinander und voneinander Lernen, liegt eine große Chance für den erfolgreichen Umgang mit dem demografischen Wandel. Ganz gleich in welcher Form es stattfindet: Intergeneratives Lernen eröffnet allen Beteiligten neue Blickwinkel und führt zu einem besseren gegenseitigen Verständnis.

Moderatorin

Dr. Doris Kohlmann-Viand,
Demografieberaterin

Referenten

Petra Kersting,
Castrop-Rauxel
Dr. Christiana Lütkes,
Hamm
Karin Anlauf und Gabriele Rübbert-
Radloff,
Herne

Referenten

- Petra Kersting, Leiterin des Zentrums Frau in Beruf und Technik (ZFBT), berichtet über das erfolgreiche Mentoring-Programm für Schülerinnen mit Zuwanderungshintergrund.
- Dr. Christiana Lütkes, Leiterin der „Agentur für gesellschaftliche Engagement“ (AGE), stellt das Projekt „SchuB – Schule und Beruf“ vor, bei dem Ruheständler ehrenamtlich in Schulen tätig sind.
- Karin Anlauf, Leiterin der Stadtbibliothek Herne, und Gabriele Rübbert-Radloff, Dozentin, berichten über die Bedeutung von Vorlesepaten in Herne.

Workshop 3: Dr. Doris Kohlmann-Viand,
Demografieberaterin, Bochum, über integratives Lernen

Generationen profitieren voneinander

Im Austausch von Jung und Alt, im miteinander und voneinander Lernen, liegt eine große Chance für den erfolgreichen Umgang mit dem demografischen Wandel.

Der Begriff „intergeneratives Lernen“ beinhaltet drei verschiedene Varianten dieses gemeinsamen Lernens. Zum einen gibt es die Möglichkeit, dass sich mehrere Generationen gemeinsam für ein Thema interessieren, zusammen lernen und dabei vom gegenseitigen Austausch profitieren. Zum anderen können Ältere von Jüngeren lernen, wenn sie sich in der sich ständig verändernden Wissensgesellschaft z.B. beim Umgang mit moderner Technik und neuen Medien, unterstützen lassen. Gleichzeitig lernen sie dabei auch das veränderte Lebensgefühl jüngerer Menschen kennen. Die dritte Form des intergenerativen Lernens ist das Lernen der Jüngeren von den Älteren, die ihr berufliches und/oder privates Erfahrungswissen weitergeben. Eine besonders interessante und effektive Methode ist das Mentoring, bei dem eine (lebens-)erfahrene Person jemand weniger erfahrenem Beratung und Unterstützung zukommen lässt und sie oder ihn in der persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung begleitet.

Ganz gleich in welcher Form es stattfindet: Intergeneratives Lernen eröffnet allen Beteiligten neue Blickwinkel und führt zu einem besseren gegenseitigen Verständnis.

Dr. Doris Kohlmann-Viand

Kommunikationswissenschaftlerin, Gesundheitspädagogin (GPA), Demographieberaterin nach Inqa, Inhaberin von „Gesundheitskonzepte“, Bochum



Gesundheitskonzepte
Kortumstraße 32
44787 Bochum
Telefon: 0234 - 96 43 34 0
Fax: 0234 - 96 43 32 0
info@gesundheitskonzepte.de

www.gesundheitskonzepte.de

* 22. August 1959, Mainz

1978 - 1984

Studium der Kommunikationswissenschaft, Publizistik und Geschichte in Bochum und Münster Magister Artium (1984), Dr. phil. (1989) in Münster

1984 - 1985

Mitarbeiterin in einem kommunikations-wissenschaftlichen DFG-Projekt

1985 - 1995

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund

1990 - 1996

Lehraufträge an der Universität Münster

1996 - 1998

Habilitationsprojekt

1998 - 2003

Fortbildungen und freiberufliche Beratertätigkeit

2003 - 2004

Weiterbildung zur Gesundheitspädagogin

2004

Gründung von „Gesundheitskonzepte“

2008

Weiterbildung zur Demographieberaterin und Gründung von „Demographie-Konzepte“

Ehrenamtliche Tätigkeit als Mentorin im Projekt „Neue Wege in den Beruf“

Mitglied im Demographie Netzwerk ddn und im DEX (Demographie-Experten e.V.)

Workshop 3: Karin Anlauf, Leiterin Stadtbibliothek Herne, und Gabriele Rübbert-Radloff, Dozentin, über die große Bedeutung der Vorlesepaten in Herne

Geschichten für kleine und große Helden

Einen besonderen Schwerpunkt der Stadtbibliothek bildet die Förderung der Lese- und Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen.

„Bist du auch lesekalisch“? – Komm mit ins Lesebärenland - Unter diesem Motto entführen in der Herner Stadtbibliothek ehrenamtliche Vorlesepaten regelmäßig Kinder - und ihre Eltern - in die Welt der Geschichten. Den Anfang nahm dieses Angebot im Jahr 2005 als das Land Nordrhein-Westfalen das gleichnamige Projekt zur frühkindlichen Leseförderung finanziell unterstützte.

Vorlesen fördert die Sprachentwicklung und besonders in Zeiten von DVD, Fernsehen und Videospiele ist es wichtig, Kindern Geschichten vorzulesen und sie an Bücher heranzuführen. Doch nur noch in einem Drittel aller Familien wird regelmäßig vorgelesen. Den Kindern fehlen häufig die Vorbilder um zu kleine Leseratten zu werden.

Hier setzt das Engagement der ehrenamtlichen Vorleser und Vorleserinnen ein. Sie vermitteln den Spaß am Lesen und verbinden die Generationen. In einem regelmäßigen Rhythmus gestalten sie die Lesestunden in den Bibliotheken. Wichtig ist dabei auch die aktive Auseinandersetzung mit den gelesenen Inhalten. Über das Gelesene wird gesprochen, was die Kinder zum Erzählen anregt und sie so in ihrer sprachlichen Entwicklung fördert. Die Stadtbibliothek organisiert den Einsatz der Vorlesepaten und unterstützt sie mit Tipps und Ratschlägen bei der Auswahl der Medien. Außerdem bietet sie den ehrenamtlichen Vorlesern die Möglichkeit der Fortbildung zum Thema Kinderliteratur und/oder richtiges Vorlesen.

Heute ist das Erlebnis des Vorlesens aus dem Bibliotheksalltag vieler kleiner Zuhörer nicht mehr wegzudenken.

Karin Anlauf

Leiterin der Stadtbibliothek, Herne



seit 1977

beschäftigt in der Stadtbibliothek, seit 2002 als Leiterin der Stadtbibliothek

Karin Anlauf
Leiterin der Stadtbibliothek
Herne
FB 32/5 Stadtbibliothek
Willi-Pohlmann-Platz 1
44623 Herne
Telefon: 02323 - 16 22 91
Fax: 02323 - 91 02 31
karin.anlauf@herne.de

Workshop 3: Petra Kersting, Leiterin des Zentrums Frau in Beruf und Technik, Castrop-Rauxel, über das Mentoring-Programm für Schülerinnen mit Zuwanderungshintergrund

Mentorinnen zeigen jungen Migrantinnen „Neue Wege in den Beruf“

„Neue Wege in den Beruf“ richtet sich an Mädchen mit Zuwanderungshintergrund und stellt ihnen für die Dauer eines Schuljahres eine berufserfahrene Mentorin zur Seite. Gefördert werden engagierte Schülerinnen der 9. bis 12. Klasse, die über gute Schulleistungen und eine überzeugende Motivation zur Berufsbildung verfügen. Die Mentorinnen sind berufserfahrene Frauen, die auf allen Ebenen in Unternehmen und Organisationen oder als Unternehmerin arbeiten: Steuerfachberaterinnen ebenso wie Handwerkerinnen oder Kauffrauen, Ärztinnen oder Ingenieurinnen.

Die Tandems treffen sich ein Mal im Monat, um die Fortschritte und Herausforderungen zu besprechen, beispielsweise wie man eine Bewerbung schreibt, wie die Mentees ihre Lernstrategie in der Schule verbessern können, wie sie lernen, mit Rückschlägen umzugehen und wie sie Alternativen finden, falls sie ihr Ziel nicht erreichen. Auch ein gemeinsames Abendessen steht in manchen Fällen auf dem Programm. Durch die Zusammenarbeit mit einer berufserfahrenen Frau erhalten die Mädchen aus erster Hand Einblick in die Berufswelt, Zugang zu Kontakten und Insider-Wissen in Sachen Studien- und Berufswahl sowie Ausbildungsplatzsuche. Die Mentorinnen dagegen erfahren, womit sich die jungen Migrantinnen beschäftigen, was sie bewegt und wie wertvoll ihre eigene Lebenserfahrung sein kann.

Im Schuljahr 2010/2011 erkundet der vierte Jahrgang „Neue Wege in den Beruf“, seit der Pilotphase in 2007/2008 mit insgesamt nahezu 500 Paaren. Das Mentoring-Programm wird vom ZFBT in über 20 Städten in NRW in Kooperation mit den Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA), dem Business-Netzwerk Migrantinnen PETEK, dem Westdeutsche Handwerkskammertag und ZONTA INTERNATIONAL durchgeführt und durch das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen und den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung gefördert.

Petra Kersting

Leiterin des Zentrums Frau in Beruf und Technik (ZFBT), Castrop-Rauxel



Zentrum Frau in Beruf und
Technik (ZFBT)
Petra Kersting
Leiterin
Erinstr. 6
44575 Castrop-Rauxel
Telefon: 02305 - 92 15 01 8
Telefax: 02305 - 92 15 04 9
kersting@zfbt.de

www.zfbt.de

* 1953

Studium der Erziehungs- und Sozialwissenschaften und der Psychologie

Tätigkeiten in der Erwachsenenbildung für Kammern und Fachhochschulen

Gleichstellungsbeauftragte in zwei nordrhein-westfälischen Städten

seit 1995

Leiterin des Zentrums Frau in Beruf und Technik in Castrop-Rauxel, das verschiedene Projekte zu Gender Mainstreaming durchführt: In der Strukturpolitik, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Pflege, der Erhöhung des Anteils von Frauen in Führung und der Erweiterung der Berufsperspektiven von Frauen. Das Instrument Mentoring wird dabei zur Verbesserung des Zugangs zu Beruf und Führung seit mehr als zehn Jahren erfolgreich eingesetzt

Workshop 3: Dr. Christiana Lütkes, Bildungsreferentin bei Arbeit und Leben DGB/VHS NW e.V. über das Projekt SchuB – Schule und Beruf für ehrenamtlich tätige RuheständlerInnen.

SchuB – Schule und Beruf

Seit fünf Jahren gehen sie wieder regelmäßig zur Schule: 45 ehrenamtlich tätige RuheständlerInnen im Projekt SchuB - Schule und Beruf. Sie führen simulierte Bewerbungsgespräche durch, informieren über Arbeitssicherheit, machen Übungen zur sozialen Kompetenz und begleiten Werksbesichtigungen für Schulklassen. In handwerklich-technischen Kleinprojekten bauen sie gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern Gerätehäuschen für den Schulhof, pflastern Wege, feilen Würfel aus Metall oder drehen einen Film über die Schule. Die berufserfahrenen Älteren helfen Jugendlichen, ihre Stärken zu erproben, Berufsbilder kennenzulernen und die Erwartungen von Arbeitgebern realistisch einzuschätzen. Über das gemeinsame Arbeiten wird ganz nebenbei die soziale Kompetenz in altersgemischten Teams geschult.

Alle angebotenen Module wurden zusammen mit den Ehrenamtlichen erarbeitet und erprobt; Fortbildungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten bereiten die Ruheständler auf die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen vor. Darüber hinaus gibt es regelmäßigen Erfahrungsaustausch der Ehrenamtlichen untereinander und zusammen mit den Lehrkräften der beteiligten Schulen.

Inzwischen führten die Ehrenamtlichen fast 450 Veranstaltungen durch. Im Oktober 2010 ehrte Schulministerin Silvia Löhrmann einige Ruheständler stellvertretend für alle Projektbeteiligten für ihre Verdienste im Schulleben.

Organisatorisch ist SchuB an die Agentur für gesellschaftliches Engagement (AGE) angebunden, die schon seit zehn Jahren gemeinnützige Projekte von Ruheständlern in Kooperation mit Unternehmen in Hamm fördert. Sowohl AGE als auch SchuB werden durch die Bildungseinrichtung Arbeit und Leben DGB/VHS NW e.V. und die Volkshochschule Hamm getragen. Das Projekt SchuB startete Mitte 2006 und läuft voraussichtlich bis Juli 2012. Finanzielle Unterstützung und Beratung gewährt seit

Dr. Christiana Lütkes

Bildungsreferentin bei Arbeit und Leben DGB/VHS NW e.V.,



Bildungsreferentin bei Arbeit
und Leben DGB/VHS NW
e.V.

Dr. Christiana Lütkes

Höftestr. 49

48167 Münster

Telefon: 02381 - 17 56 39

info@age-in-hamm.de

* 31. Januar 1958, verheiratet

Studium der Ethnologie, Volkskunde und Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (1981-1988)

1977 - 1980

Ausbildung zur Bauzeichnerin im Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster

1998

Promotion an der Universität Hamburg; Titel der Dissertation: Gom. Arbeit und ihre Bedeutung bei den Wampar im Dorf Tararan, Papua Neuguinea.

Tätigkeiten im universitären Bereich

1989 - 1990

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Völkerkunde, Universität Münster

1991

Einjähriger Forschungsaufenthalt in Papua-Neuguinea

1989 - 2004

Lehrbeauftragte am Institut für Ethnologie der Universität Münster sowie anderen Hochschulen

Tätigkeiten im Bereich Interkulturelle Kommunikation

1992 - 2000

Gründung und Aufbau des Vereins Ethnologie in Schule und Erwachsenenbildung (ESE) e.V.; Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Interkulturellen Bildung bei ESE e.V.

2000 - 2002

Projektleitung ‚Die Relevanz ethnologischer Themen für den Erwerb interkultureller Kompetenz in der schulischen Sozialisation. Eine Pilotstudie‘ in Zusammenarbeit mit der Westfälischen Wilhelms Universität Münster und dem ESE e.V.

seit 2004

Bildungsreferentin bei Arbeit und Leben DGB/VHS
NW e.V.; Projektleitung AGE (Agentur für
gesellschaftliches Engagement) und SchuB
(Schule und Beruf); Schwerpunkt Ehrenamt und
Weiterbildung für ältere Menschen,
intergenerationelle und internationale Projekte

Workshop 4:

Auf zu neuen Ufern! Trainieren mit allen Sinnen Oder: Von der Alterslosigkeit des Lernens

Wann und Wo

12.30 Uhr
Kulturzentrum Herne
Raum 202
Dauer: ca. 90 Minuten

Moderator

Prof. Dr. Michael Falkenstein,
Altersforscher, TU Dortmund

Referenten

PD Dr. Hubert Dinse,
Bochum
Prof. Dr. Michael Falkenstein,
Dortmund

Impulsvortrag

Lernen ist im Alter anders, aber kaum weniger effektiv als im jüngeren Alter. Man muss nur einige Regeln beachten. Was Ältere noch lernen können und was dies bei ihnen an Zuwachs von Fähigkeiten und Fitness bewirkt, wird in diesem Workshop vorgestellt. Zwei Altersforscher aus Dortmund und Bochum skizzieren eigene Projekte, bei denen altersbedingte Beeinträchtigungen bei Senioren oder älteren Beschäftigten mit den neuesten Ansätzen der Neurowissenschaften gemildert und abgeschwächt wurden.

Referenten

- Prof. Dr. Michael Falkenstein, Altersforscher, stellt die Besonderheiten des Lernens im Alter anhand der Ergebnisse von zwei Projekten vor.
- PD Dr. Hubert Dinse, Neuroinformatiker, zeigt welche Veränderungen im Gehirn durch Lernen stattfinden.

Workshop 4: Prof. Dr. Michael Falkenstein, Altersforscher, Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund (IfADo) und PD Dr. Hubert Dinse, Institut für Neuroinformatik, Ruhr-Universität Bochum, über das Lernen im Alter

Kognitive Fähigkeiten im Alter

Lernen ist im Alter anders, aber kaum weniger effektiv als im jüngeren Alter. Man muss nur einige Regeln beachten. Was Ältere noch lernen können und was dies bei ihnen an Zuwachs von Fähigkeiten und Fitness bewirkt, wird in diesem Workshop vorgestellt. Zwei Altersforscher aus Dortmund und Bochum skizzieren eigene Projekte, bei denen altersbedingte Beeinträchtigungen bei Senioren oder älteren Beschäftigten mit den neuesten Ansätzen der Neurowissenschaften gemildert und abgeschwächt wurden. Hierbei zeigen sich Verbesserungen der geistigen und der sensomotorischen Fähigkeiten, die auch der Alltagskompetenz und der Arbeitsfähigkeit zu Gute kommen.

Prof. Falkenstein skizziert zunächst Besonderheiten des Lernens im Alter, und stellt daraufhin Ergebnisse von zwei Trainingsprojekten mit Senioren und älteren Arbeitnehmern vor.

PD Dr. Dinse zeigt, welche Veränderungen im Gehirn durch Lernen statt finden und präsentiert danach Ergebnisse verschiedener Interventionsformen, u.a. seines Tanz-Trainingsprojekts mit Senioren.

Prof. Dr. med. Michael Falkenstein

Neurophysiologe und Leiter der Projektgruppe „Altern und ZNS-Veränderungen“ am Institut für Arbeitsphysiologie der Universität Dortmund



Prof. Dr. med. Michael
Falkenstein
Leiter der Projektgruppe „Altern
und ZNS-Veränderungen“
Institut für Arbeitsphysiologie an
der Universität Dortmund
Ardeystr. 67
44139 Dortmund
Telefon: 0231 - 1084 277
Fax: 0231 - 1084 401
falkenstein@ifado.de

www.ifado.de

1967 - 1977

Studium der Elektrotechnik und Mathematik an der Ruhr-Universität Bochum

1971 - 1978

Studium der Humanmedizin (Universitäten Bochum und Essen)

1977

Diplom in Elektrotechnik im Bereich Psychoakustik

1978

medizinisches Staatsexamen und Approbation als Arzt

1978 - 1983

wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Neurophysiologie der Ruhr-Universität Bochum (Direktor: Prof. Dr. Dr. D. Trincker)

1981 - 1985

berufsbegleitendes Studium der Psychologie (Universitäten Osnabrück, Düsseldorf und Bochum)

1983

Promotion in Humanmedizin im Bereich Humane Neurophysiologie

1984 - 1985

Hochschulassistent am Lehrstuhl Physiologie II, Ruhr-Universität Bochum

1985

Diplom in Psychologie an der Ruhr-Universität Bochum

ab 1986

wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsphysiologie an der Universität Dortmund

1996

Habilitation für Psychologie an der Fakultät für Psychologie der Ruhr-Universität Bochum

ab 2000

Leiter der Projektgruppe „Altern und ZNS-Veränderungen“ des IfADo

ab April 2002

Chefredakteur des „Journal of Psychophysiology“ (Internationales Journal; zugleich Organ des Dachverbandes der Europäischen Psychophysiologischen Gesellschaften)

2007

Ernennung zum außerplanmäßigen Professor an der Universität Dortmund

Arbeitsgebiete

- Kognitive Psychophysilogie
- Analyse kognitiver Prozesse beim Menschen mit Hilfe von ereigniskorrelierten Hirnpotenzialen (EKP)
- Exekutive Prozesse
- Verhaltens-Monitoring und Fehlerverarbeitung
- Veränderungen kognitiver Prozesse durch normales Altern sowie bei altersbedingten Erkrankungen

Aktuelle Forschung

Projektgruppe „Altern und ZNS-Veränderungen“

- Zentrale Mechanismen der Handlungsvorbereitung, -hemmung und -bewertung und der Fehlerverarbeitung; Mechanismen der Aufmerksamkeitssteuerung
- Analyse von langfristigen Veränderungen zentralnervöser Prozesse infolge von Alter und Alterserkrankungen (z.Zt. M.Parkinson, M. Huntington)
- Analyse von kurzfristigen Veränderungen zentralnervöser Prozesse infolge von Zeitdruck, Anstrengung und Ermüdung
- Analyse von mittelfristigen Veränderungen zentralnervöser Prozesse durch Lernen
- Fahreignung von älteren Autofahrern
- Gestaltung von Assistenzsystemen für ältere Autofahrer und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität

PD Dr. Hubert Dinse

Institut für Neuroinformatik, Ruhr-Universität Bochum, Bochum



Institut für Neuroinformatik,
Ruhr-Universität Bochum
PD Dr. Hubert Dinse
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Telefon: 0234 - 32 25 56 5
Fax: 0234 - 32 14 20 9
Hubert.Dinse@
neuroinformatik.ruhr-uni-
bochum.de

www.neuralplasticitylab.de

Studium der Biologie, Chemie und Physik in Mainz und Marburg

Promotion und Habilitation für das Fach Zoologie in Mainz

nach der Promotion:
Forschungsschwerpunkt in den Bereichen neuronale Informationsverarbeitung, Psychophysik, Verhalten und Wahrnehmung

Postdoc Aufenthalt an der Universität Pisa, Italien

1986 - 1987

Freier Mitarbeiter am Battelle-Institut, Frankfurt

1988 - 1989

Visiting Professor an der University of California in San Francisco

ab 1990

Arbeit am Lehrstuhl für Theoretische Biologie des Instituts für Neuroinformatik der Ruhr-Universität Bochum

seit 2005

Geschäftsführer der von ihm gegründeten Firma haptic Research and Technology GmbH: entwickelt im Bereich „haptic design“, Taktilität und Lernen neue Therapiemöglichkeiten im Alter und nach Schlaganfällen

seit 2006

Stellvertretender Leiter des Lehrstuhls Theoretische Biologie

Leiter des von ihm gegründeten „Neural Plasticity Lab“
Forschungsschwerpunkte Lernen, Altern, Wahrnehmung, Entwicklung neuer Lern- und Therapieformen

Geistige Fitness ist keine Frage des Alters

Altenforscher Prof. Dr. Michael Falkenstein erklärt, wie das Gehirn bis ins hohe Alter fit bleibt – zum Beispiel mit Sudoku, Sport oder auch einer Tasse Kaffee

Der demografische Wandel, die hohe Lebenserwartung und die verlängerte Lebensarbeitszeit stellen nicht nur große Herausforderungen an Politik und Gesundheitssystem, sondern auch ganz speziell an jeden Einzelnen. Um bis ins hohe Alter geistig fit zu bleiben, gilt es, bereits in jungen Jahren regelmäßig Kopf und Körper zu trainieren. Das heißt allerdings nicht, dass sich ältere Personen einen lauen Lenz machen können. Im Alter lernt es sich zwar anders als in der Jugend, aber sicher nicht schlechter.

Fähigkeiten wie Wissen, Sprache oder Erfahrung bleiben bis ins Alter von 80 Jahren relativ stabil. Allerdings lassen die Teile des Gehirns nach, die für neue, komplexe und flexible Tätigkeiten notwendig sind. Auch der Abruf lange gespeicherter Informationen geht im Alter schlechter. Die Folge: „Etwas liegt mir sprichwörtlich auf der Zunge, aber ich kann es nicht formulieren.“ Dieses Phänomen tritt allerdings auch schon in jüngeren Jahren auf – bei Stress oder großer Belastung.

Sinnvolles Material lernen

Unsere Tests haben erwiesen, dass Ältere besser sinnvolles Material lernen. Das heißt, sie müssen den Gegenstand, mit dem sie lernen, benennen können. Im Gegensatz zu jüngeren Probanden zeigen Ältere allerdings oft Schwächen, wenn sie auf Fehler hingewiesen werden. Positives Feedback scheint im Alter also wichtiger zu sein als bei jungen Menschen.

Gehirnjogging und Sport

Zum Erhalt der geistigen Fitness ist es wichtig, nicht das zu trainieren, was einem leicht fällt. Kreuzworträtsel verlangen einem zum Beispiel immer dasselbe Wissen ab. Besser sind Sudoku-Spiele oder Denksportaufgaben, wie sie oft in Zeitschriften oder kleinen Heften, zum Beispiel aus der Apotheke, zu finden sind. Auch im Internet gibt es viele gute Seiten mit sinnvollen Aufgaben. In einem unserer Forschungsprojekte hat sich herausgestellt, dass vor allem geistiges Training, also Gehirnjogging, die effektivste Art ist, die Gehirnleistung zu fördern. Ebenfalls

empfehlenswert ist regelmäßiger Sport. Entspannung hilft leider kaum. Geistiges Training kann auch durch komplexe Freizeitaktivitäten wie Musizieren, Tanzen oder das Erlernen einer Fremdsprache erfolgen.

Kaffee und Rotwein = Gehirnnahrung

Auch die richtige Ernährung kann die Denkleistung im Alter maßgeblich erhöhen und sogar Demenz vorbeugen. Kaffee ist beispielsweise die optimale Gehirnnahrung, aber auch Kakao, Grüner Tee oder hin und wieder ein Gläschen Rotwein. Früchte, dunkles Gemüse wie Spinat oder Brokkoli und Fisch bringen das Denkvermögen ebenfalls nach vorne. Die Stoffe mit der größten kognitionsfördernden Wirkung sind ungesättigte Fettsäuren, also Omega-3, und antioxidativ wirkende Stoffe, die zum Beispiel in Zitrusfrüchten, Knoblauch, Wildreis und vielen anderen Lebensmitteln zu finden sind.

Zur Person

Prof. Dr. Michael Falkenstein, geboren 1949, ist Neurophysiologe und seit 2000 Leiter der Projektgruppe „Altern und ZNS-Veränderungen“ (Zentrales Nervensystem) am Leibniz-Institut für Arbeitsforschung der Technischen Universität Dortmund. Der studierte Mediziner, Psychologe und Elektrotechniker (Universitäten Essen, Bochum, Osnabrück und Düsseldorf) habilitierte 1996 in Bochum für Psychologie. 2007 wurde er zum außerplanmäßigen Professor an der Universität Dortmund ernannt. Seine Arbeitsgebiete umfassen die kognitiven Veränderungen im Alter. Dabei untersucht er zum Beispiel die Wechselwirkung zwischen Alter und Arbeit sowie zwischen Alter und Mobilität. Unter anderem leitete er in der jüngeren Vergangenheit das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderte Projekt „PFIFF“ (Programm zur Förderung und zum Erhalt intellektueller Fähigkeiten für ältere Arbeitnehmer), bei dem Fließbandarbeiter von Opel auf ihre geistige Leistungsfähigkeit mit steigendem Alter untersucht wurden.



NACHWUCHS FÜR DIE GRAUEN ZELLEN

Konzentrieren, erinnern, neues merken: Schwerstarbeit für das Gehirn. Gerade mit steigendem Alter fällt das zunehmend schwerer. Doch unsere grauen Zellen wachsen mit ihren Aufgaben. Und deshalb ist es wichtig, dass sie kontinuierlich Futter bekommen. So bleiben wir geistig fit und können mehr leisten. In den Ausgaben der Apotheken-Umschau finden sich regelmäßig Leckerbissen rund um das Thema Gehirnjogging. Das Magazin P.M. Intelligenz, das alle zwei Monate für zwei Euro ebenfalls in den Apotheken erscheint, bietet knifflige Aufgaben zum Rechnen, zu räumlichem Denken, Logik, Konzentration und Gedächtnis.

Auch im Internet finden sich zahlreiche Seiten, die Ihre Gehirnwindungen ordentlich in Schwung bringen.

- Die Seite www.mental-aktiv.de bietet Übungen wie Bilderraten (innerhalb einer festgelegten Zeit das gesuchte Wort eingeben), Tiere, Bilder und Zahlen merken u.v.m.
- Auf www.ahona.de können Sie ihre Merkfähigkeit verbessern, ihre Reaktionszeit testen oder das Zahlenkreuzworträtsel Kakuro ausprobieren.
- Unter www.gingium.de warten Fragen zum Allgemeinwissen auf Sie. Sie müssen Wörter zusammensetzen oder Zahlenreihen korrekt weiterführen.
- Über die Seite www.neuronation.de können Sie Übungen zu Konzentration, Intelligenz, Kreativität und Schnelligkeit machen: In kurzer Zeit Rechenaufgaben lösen, Symbole in der richtigen Reihenfolge merken oder dem farbig markierten Wort die gefragte Farbe zuordnen.